

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement - Preis pränumerando  
vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk.,  
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
abonnement: 1.50 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Verzeichnungs-  
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich - Ungarn  
2.50 Mark, für das übrige Ausland  
4 Mark pro Monat. Solikabonnements  
nehmen an Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 11.11.

#### Die Interaktions-Gebühr

betragt für die sechsmonatliche Kolonien-  
teile oder deren Raum 60 Pf., für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Berichtsblätter - Anzeigen 30 Pf.,  
„Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt  
Blatt 20 Pf. (zweiwöchentlich 2 fertige  
Blätter), jedes weitere Blatt 10 Pf.  
Einschlagung und Einschließung  
zeigen das erste Blatt 10 Pf., jedes  
weitere Blatt 5 Pf. Blätter über 15 Blät-  
tern zahlen für zwei Worte. Inserate  
für die nächste Nummer müssen bis  
5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 15. September 1916. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Griechenland vor dem Kriege.

Von Heinrich Cunow.

Das griechische Kabinett Zaimis, das am 22. Juni dem Kabinett Skuludis folgte, weil dieses trotz aller Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der Ententemächte noch immer England und Frankreich nicht willfährig genug dünkte, hat seinen Abschied nehmen müssen. Als Skuludis ging, befand sich Griechenland in einer heftigen inneren Krise. Es erschien daher unter den damaligen Umständen beiden Mächten nicht angebracht, sofort auf eine Berufung des von der Entente völlig abhängigen Kreters Venizelos zum Ministerpräsidenten zu dringen, denn es war ziemlich sicher zu erwarten, daß eine durch die Mächte erzwungene Uebernahme der Regierung durch Venizelos einen Aufstand des dem König ergebenen Heeressteils zur Folge haben würde, zumal die Leitung des Generalstabes sich in der Hand des strengen Royalisten Dusanis und seiner Gesinnungsgenossen befand. Erst mußten diese Personen entfernt und das griechische Offizierkorps bearbeitet werden: eine Vorarbeit, die bei einigem diplomatischen Geschick nicht schwer durchführbar schien, denn das griechische Offizierkorps ist noch weit mehr als das französische eine Stätte politischer Gegenätze und Rivalitäten.

So ließ sich die Entente das Zaimis'sche Ministerium zunächst als Kompromißkabinett gefallen, stellte aber an dieses, je mehr es im Offizierkorps an Boden gewann, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit immer weitergehende Forderungen. Und Zaimis wich vor den Vorstößen des Vierverbandes Schritt für Schritt zurück, bis schließlich die Leiter des Generalstabes entfernt und das ganze griechische Post- und Telegraphenwesen der Entente ausgeliefert wurde. Doch das genügte den bescheidenen Ansprüchen des bekanntlich um die Selbständigkeit der kleinen Nationen sehr besorgten Englands noch immer nicht. Venizelos sollte das Staatsruder übernehmen, Griechenland dem Vierbund den Krieg erklären und die griechische Militärmacht unter der Führung Sarraills gestellt werden.

Als Grund für weitere verstärkte Forderungen auf die griechische Regierung mußte ein Angriff „unbekannter Schreiber“ auf die französische Gesandtschaft herhalten: ein Angriff, der höchstwahrscheinlich von venizelistischen, im Solde der Entente stehenden Provokateuren inszeniert ist. Kaum war der dumme Streich unterdrückt, als auch schon die Ententediplomatie verkündete, daß sie sich mit Entschuldigungen der Regierung und Bestrafung der Verhassteten nicht zufrieden geben würde, sondern weitere Forderungen stellen werde. Und tatsächlich hatte sie ihre neuen Forderungen schon bereit, darunter das Verlangen der sofortigen Auflösung aller königstreuen Reservistenverbände, das heißt die vollständige Vernichtung der die Venizelos'schen Kriegspartei bekämpfenden Gegenorganisation — und zwar sollen nach Athener Meldungen die betreffenden Forderungen in die Form eines Ultimatums gekleidet sein.

Ob das tatsächlich der Fall ist, ob Zaimis erkennt, daß alle Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der Entente doch sein Kabinett nicht vor dem demnächstigen Sturz zu bewahren vermag, und er unter diesen Umständen vorzieht, die halbverlorene Schachpartie aufzugeben, läßt sich bisher aus den Nachrichten nicht entnehmen, da, wie schon gesagt, das griechische Post- und Telegraphenwesen sich in den Händen Englands und Frankreichs befindet und diese nur solche Nachrichten durchlassen, die ihren Wünschen und Zwecken entsprechen. Nominell hat, wie immer, Zaimis seine Demission mit Gesundheitsrückichten motiviert, die ihm angeblich nicht gestatten, noch länger die politische Verantwortung für die kommenden Zustände zu tragen. Möglich ist jedoch auch, und die neuesten Meldungen sprechen für diese Auffassung, daß zwar Zaimis bereit war, sich unter das laudinische Joch der Entente zu beugen, der König Konstantin aber vor den letzten Schritten zurückschreckte und sich beide nicht über das weitere politische Verhalten zur Entente zu einigen vermochten.

Unter diesen Umständen wäre möglich, daß nicht sofort Venizelos an Zaimis' Stelle tritt, sondern nochmals eine Art Zwischenregierung zustande kommt, die aber kaum ihren Platz lange behaupten würde. Die Verhältnisse, wie sie sich in den letzten Monaten gestaltet haben, treiben einer Teilnahme Griechenlands an dem Weltkriege zu. Nachdem England, Frankreich, Japan, Italien, Portugal, Rumänien in den Krieg gezogen hat, folgt nun Griechenland. Es wird von dem Beschützer der kleinen Nationen gezwungen — gezwungen, obgleich ein längerer Krieg für Griechenland noch mehr als für irgendein anderes am Kriege beteiligtes Land einen wirtschaftlichen Ruin bedeutet; denn Griechenland ist weder ein Agrar- noch ein Industrieland, sondern ein finanzschwaches Handelsland, dessen Handel durch seine Teilnahme am Kampf platt zu Boden gedrückt würde.

Um die Finanzen Griechenlands ist es nie sonderlich günstig bestellt gewesen. Sein Staatskredit war immer miserabel, und zweimal hat es den Staatsbankrott ansagen müssen, mit dem das letzte Mal (1893) sogar eine Konfiskation verschiedener in unüberbrücklicher Form zugesicherter Unterpfänder verbunden war. Durch Abkommen vom Jahre 1898

wurde schließlich eine internationale Finanzkontrollkommission (Commission financière internationale) errichtet, die aus sechs Mitgliedern — einem Mitglied für jede Großmacht — bestand, und dann durch Gesetz vom 10. März 1898 bestimmt, daß künftig „die Einziehung wie Verwendung der Staatseinkünfte, die für den Dienst der Kriegsanleihe und der anderen Schulden des Landes nötig, unter die absolute Kontrolle“ dieser internationalen Kommission gestellt werde. Zur Sicherung wurden die Staatseinkünfte aus dem Salz-, Petroleum-, Zündholz-, Spielkarten-, Zigarettenpapier- und Naxos-schmirgel-Monopol dieser Kommission überwiesen, ferner auch die Einkünfte aus der Tabaksteuer, den meisten Stempelsteuern und aus den Zolleinnahmen des Piräus.

Die besten und größten Einnahmen wurden also für den Schuldendienst reserviert. Obgleich denn auch das Wirtschaftsleben Griechenlands sich seitdem beträchtlich gehoben hat, ist doch Griechenland nie aus den finanziellen Verlegenheiten herausgekommen, zumal die Vorkriege von 1912/13 den alten Schuldenlasten neue hinzufügten. Dafür gewann freilich Griechenland Saloniki, Kavalla, einen Teil Westmazedoniens und verschiedene Inseln, die sich als recht „steuerkräftig“ erwiesen, doch mußten diese neuen Einnahmequellen alsbald wieder für neue Anleihen (besonders für die Pariser Anleihe von 1914) verpfändet werden.

Die jetzige Finanzlage ist denn auch eine recht traurige. Die auswärtige Staatsschuld betrug bis Ende 1915 = 920 Millionen Drachmen (1 Drachme = 1 Frank), die inländische 149 Millionen Drachmen, doch sind seitdem mehrere neue innere Anleihen hinzugekommen, so daß die gesamte fundierte innere und äußere Schuld sich jetzt auf ungefähr 1250 Millionen Drachmen belaufen dürfte. Dazu kommt aber eine beträchtliche schwabende Schuld, hat doch infolge des Krieges das Jahr 1914 einen Fehlbetrag von rund 290 Millionen Drachmen, das Jahr 1915 gar von 358 Millionen Drachmen gebracht. Wie sich diese Schuld verteilt, ist nicht ersichtlich; aus der Abrechnung der Nationalbank von Griechenland ergibt sich nur, daß am Schluß des ersten Quartals 1916 der Staat ihr für Darlehen, verpfändete Staatspapiere, Vorschüsse usw. 249 Millionen Drachmen schuldet.

Hinzu kommt, daß Griechenlands Eigenproduktion seinem eigenen Bedarf in keiner Weise genügt. Was das Getreide anbetrifft, so werden vornehmlich Weizen und Mais angebaut, teilweise auch Gerste, während der Anbau von Roggen und Hafer, wie auch von Kartoffeln sehr spärlich ist. Die mit Weizen angebaute Fläche mag ungefähr an 400 000 Hektar betragen, die Maisfläche ungefähr 120 000—130 000 Hektar, da aber die Bestellung eine durchaus lichterliche ist, denn körperliche Anstrengung liebt der Grieche nicht, so ist der Ertrag sehr mäßig. Es werden vom Hektar durchschnittlich nur ungefähr 5—6 Doppelzentner Weizen bzw. 10 Doppelzentner Mais gewonnen, während in Deutschland in den letzten Jahren vor dem Kriege 21 bis 23½ Doppelzentner pro Hektar geerntet wurden. Ebenso gering ist der schlecht gehaltene Viehbestand, der sich auf 350 000 Rinder und 3 Millionen Schafe belaufen mag. Das genügt natürlich nicht für den Bedarf. Griechenland ist daher in starkem Maße auf die Einfuhr von Vieh, Fischen, tierischen Produkten, Getreide, Reis, Zucker und anderen landwirtschaftlichen Produkten angewiesen. Von seiner Gesamtimport, die im Jahre 1912 ungefähr 123, im Jahre 1913 142 Millionen Mark betragen hat, kommt ungefähr die Hälfte des Wertbetrages allein auf die genannten Artikel. Außerdem werden noch vornehmlich Holz und Kohlen, Metalle und Metallwaren, Papier, Garne, Gewebe und chemische Erzeugnisse eingeführt. Dagegen besteht die Ausfuhr zumeist aus Korinthen, Wein, Del, Feigen, Tabak, Baumwolle, Erzen, Schmirgel, Rohseide.

Die griechische Industrie leidet unter dem Mangel an Brennstoffen; nur auf Euböa werden Braunkohlen gewonnen. Zumeist lehnt sich die Industrie an die Landwirtschaft an, das heißt Mühlenindustrie, Düngerefabrikation, Spiritusbrennerei, Kognakfabrikation, Del- und Seifenfabrikation, Zuckerefabrikation überwiegen.

Die Hauptbeschäftigung ist der Handel. Die Griechen sind in der eigentlichen Bedeutung des Wortes ein Handelsvolk. Nicht nur im eigenen Lande wendet sich der Grieche mit Vorliebe dem Handel zu, in den bulgarischen Gebieten am Ägäischen Meer, in der europäischen Türkei, in den Hafen- und Handelsstädten Anatoliens, Syriens, Ägyptens, überall findet man massenhaft griechische Händler, Agenten, Vermittler, Aufkäufer, Geldwucherer usw. Und neben dem eigentlichen Handel spielt die Schifffahrt, vornehmlich der Frachtdienst, eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben Griechenlands. Die griechische Handelsflotte dürfte heute mehr als 500 000 Netto-Registertonnen umfassen, nicht viel weniger als die Handelsflotte Oesterreichs und Ungarns zusammen.

Daraus sind Griechenland zunächst nach dem Ausbruch des Krieges manche Vorteile erwachsen. Die Schiffsfrachten stiegen, und ebenso die Preise für eine Reihe der griechischen Ausfuhrartikel, vornehmlich für Korinthen, Delfrüchte, Feigen, Tabak, Schmirgel. Aber nach und nach stellte es sich als immer schwieriger heraus, dem Lande die nötigen Zufuhren von Getreide, Wehl, Reis, Zucker, Fleisch, Kohlen usw. zu sichern, obgleich noch bis vor kurzem Bulgarien und Anatolien ansehnliche Lebensmittelmengen nach Griechenland lieferten. Was soll jedoch aus der griechischen Lebens-

mittelversorgung werden, wenn ihm durch eine aufgezwungene Teilnahme am Kriege diese Zufuhr abgeschnitten wird? Bisher hat es vornehmlich seinen Lebensmittelbedarf aus Rußland, der asiatischen Türkei, den nördlichen Balkanstaaten und Oesterreich-Ungarn gedeckt. Italien spielte dabei eine ganz untergeordnete Rolle. Der Verkehr mit Rußland und den Hafenplätzen des Schwarzen Meeres hat fast aufgehört; wird Griechenland nun durch den Krieg auch noch der Verkehr mit seinen anderen Bezugsländern verwehrt, so geht es einem traurigen Schicksal entgegen. Hungersnot und Hungerevoluten, innere Kämpfe der miteinander verfehdeten, zur Entente oder zu den Mittelmächten haltenden Parteien, Aufstände und Gegenstände werden die vorausichtliche Folge sein. Doch war schert das England in seinem Bestreben, immer mehr kleine Staaten in den Krieg hineinzuziehen! (z)

Athen, 14. September. (Meldung der „Agence Havas“.) Der König ließ Dimitra Topoulos fragen, ob er die Bildung eines neuen Kabinetts übernehmen wolle. Dimitratopoulos hat grundsätzlich angenommen und wird wahrscheinlich heute vom König empfangen werden. Nachdem er sich mit dem Könige ins Einvernehmen gesetzt hat, wird er seine Absichten den Gesandten der Entente auseinandersetzen und dann eine endgültige Antwort geben.

Aus der obigen Havas-Meldung geht zweierlei hervor: erstens, daß der Rücktritt von Zaimis endgültig ist, zweitens, daß nicht Venizelos, sondern eine Persönlichkeit von weniger prononciertem Charakter die Leitung der Regierungsgeschäfte übernimmt. Man geht aber wohl mit der Annahme kaum fehl, daß das neue Kabinett trotz seines Uebergangscharakters der Richtung Venizelos bedeutend näher stehen dürfte, als der Richtung, die Zaimis einhielt. Das geht einerseits daraus hervor, daß der in Aussicht genommene Dimitratopoulos ein früherer Anhänger von Venizelos ist und mit seiner kleinen Partei zwischen den Venizelisten und Sunaristen steht, andererseits auch aus den Erklärungen, die er bisher abgegeben hat. So soll der neue Ministerkandidat nach dem Pariser „Journal“ erklärt haben, er halte die Politik Venizelos' allgemein für richtig, mache aber Vorbehalte bezüglich der Intervention der griechischen Armee im gegenwärtigen Zeitpunkt. Gleichwohl, erklärte er weiter, jeder Entschluß sei besser als die Verschleppung der Neutralitätsfrage, die bedauerlicherweise Sunaris und Skuludis nicht den Interessen des Hellenismus entsprechend zu lösen vermocht hätten. Deute, nach dem Erscheinen der italienischen Truppen auf dem Balkan, sei das Problem doppelt schwieriger geworden. Wenn diese Erklärungen wirklich abgegeben worden sind, muß Dimitratopoulos — vorausgesetzt, daß die Ententediplomatie mit seiner Kandidatur einverstanden ist — als Kompromißkandidat angesehen werden, dem die Aufgabe zufällt, unter vorläufiger Vermeidung endgültiger Schritte, die Griechenland auch militärisch an die Seite der Entente setzen könnten, den Boden für eine Politik vorzubereiten, die die griechischen Zukunftshoffnungen auf eine Ausbreitung im östlichen Westen des Mittelmeeres nicht völlig vernichten sollen.

In dieser Beziehung ist der Hinweis von Dimitratopoulos auf die italienischen Truppen auf dem Balkan außerordentlich symptomatisch. Bekanntlich besteht zwischen Griechenland und Italien ein heftiger Gegenjah sowohl an der östlichen Adria-Küste (Süd-albanien, Epirus), wie an den Küsten Kleasiens und Mazedoniens. Deshalb wird das Verhalten der Italiener in Albanien und ihre Landung in Saloniki von den Griechen eifersüchtig verfolgt. Derselbe Gegenjah spiegelt sich in der italienischen Presse in einer sehr geringschätzigen, läßlichen Bewertung der griechischen Intervention wider, während andererseits in der französischen, englischen und russischen Presse der Hinweis auf die italienischen Balkanoperationen als Vorzeichen für Griechenland benutzt wird. Man verzieht unter diesen Umständen die Anruhe, von der die griechischen Staatsmänner, einerlei welcher Richtung, erfüllt sind. Einerseits droht der italienische Rivale übermächtig zu werden und die Zukunftshoffnungen Griechenlands zu vernichten, andererseits sehen sie sich im Innern einer Situation gegenüber, die ihnen im gegenwärtigen Augenblick ratloser erscheinen läßt, ihren endgültigen Beschluß nach Möglichkeit hinauszuschieben. Fraglich ist allerdings, ob sie diese Möglichkeit noch lange haben werden.

## Amerika gegen den Handelskrieg nach dem Kriege.

New York, 8. September. Funkspruch vom Vertreter des W. T. W. „Tribune“ sagt in einem Leitartikel über die Verhältnisse nach dem Kriege: Die jetzt vom Kongreß angenommenen Vergeltungsmaßnahmen sind nur Kriegsmaßregeln, die sich gegen den Abschnitt a des in Paris abgeschlossenen wirtschaftlichen Abkommens richten, dagegen sind noch keine Maßnahmen gegen die Abschnitte b und c dieses Abkommens beschlossen worden. Wenn diese Abschnitte durchgeführt werden, würden sie dauernd jeden Handel der nicht zu den Alliierten gehörenden Nationen benachteiligen und dauernd jeden Handel zwischen Deutschland und irgend einem anderen Volke mit Strafe belegen. Der Handelsverkehr würde dann dahin neigen, sich in folgender Richtung zu teilen: Auf der einen Seite würden diejenigen Einzelpersonen und Nationen sein, die den Handel mit Deutschland fortsetzen, auf der anderen Seite alle übrigen. Für die Alliierten bedeutet das entschiedene Beharren in dieser Politik die Verfolgung eines gefährlichen Kurzes.

# Die russische Sommeroffensive 1916.

II. Aus den Kämpfen um Baranowitsch.

Zweiter Abschnitt.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

Der Russe traf Vorbereitungen zum zweiten großen Angriff und gruppierte seine Kräfte um. Bald wurden seine Absichten erkennbar: zwei starke Stoßgruppen ließen über Strobowa unsere Verbündeten und über Linie Darowo—Babusy die schlesische Landwehr durchbrechen mit dem allgemeinen Angriffsziel Baranowitsch. General Leich, der Oberkommandierende der 3. Armee, erwartet bestimmt, daß besonders die ausgetübten Truppen des IX. und des XXV. K. K.'s die blutige Scharte des Grenadierkorps auswegen und die Oesterreicher über den Haufen rennen werden. Küher dem aufgefüllten Grenadierkorps verfügt die russische Führung noch über das XXXV., X., III. kaukasische, III. sibirische Korps, die 81. Infanteriedivision und die 11. sibirische Schützendivision. Mit heftigem Feuer gegen die Gräben nördlich des Goldschichto-See und gegen den Abschnitt des Landwehrkorps wird am 2. 7. um 4 Uhr vormittags der zweite große Angriff auf Baranowitsch eingeleitet.

Um 8 Uhr vormittags liegen die Stellungen unter Trommelfeuer. Gegen die Front Sachke—Kartichewo hageln sogar Geschosse von 28 Zentimeter Kaliber. Zahlreiche Brückenstöße hat der Feind während der Nacht über Sachkara und Serwetich geschlagen; auch gegen die an den rechten Flügel des Landwehrkorps anschließenden Stellungen ist ein überfallartiger Angriff über den dortigen Flußabschnitt vorbereitet.

In der Morgenämmerung des 3. Juli beginnt der Hauptangriff gegen die Front des Landwehrkorps und die österröcherischen Stellungen nördlich des Goldschichto-See. Die Tage vom 3. bis 5. Juli bilden eine Kampfwocche von unerhörter Heftigkeit in heftigem und blutigem Ringen der zweiten Schlacht von Baranowitsch.

Angriffe des Grenadierkorps und der 81. Division brechen im ruhigen Feuer der auf ihren geschossenen Gräben stehenden schlesischen Landwehr blutig zusammen. Schnelle und rücksichtslos geführte Gegenangriffe werfen den hier und dort durch die zerstörten Hindernisse eingedrungenen Gegner hinaus. In einem solchen Gegenstoß bei Darowo nehmen die schlesischen Landwehrlente neun Offiziere und 700 Mann gefangen. Am folgenden Tage werden drei in starker Tiefengliederung angelegte Angriffe bereits im Sperrfeuer abgewiesen.

Weiter nördlich war es dem Angreifer gelungen, bei Strobowa und Kartichewo in die durch das Trommelfeuer schwerster Kaliber eingeebneten Stellungen unserer Verbündeten zu stoßen. Deutsche Reserven entrißen in höchstem Gegenstoß dem Angreifer die Stellungen bei Kartichewo und machten hierbei 1800 Gefangene. Ein Gegenangriff auf dem linken Flügel bei Strobowa blieb ohne Erfolg.

Der 6. Juli brachte erneute starke und dichte Massenangriffe auf der Front zwischen Babusy und Jirin. Wieder schlägt die Landwehr, schlagen tapfere. Polener und Brandenburger alle Sturmangriffe ab. Nur bei Darowo bricht der Gegner erneut ein und wird nochmals hinausgeworfen. Deutsche Reserven haben inzwischen die österröcherischen Verbände verflucht und weisen im gemeinsamen Kampf die gegen Mittag mit erneuter Wut einkehrenden Angriffe zurück.

Die folgenden Tage zeigen ein dauerndes An- und Abwachen erbitterter Kampfhandlungen der zweiten Schlacht von Baranowitsch. Vorübergehende örtliche Erfolge werden dem Gegner durch frischen Gegenstoß und blutigen Handgranatenkampf sogleich entrißen. Nur in den geschossenen Gräben bei Strobowa vermag sich der Russe zu halten.

Einen Höhepunkt der Kämpfe zeigt der 8. Juli. Um 8 Uhr vormittags greift eine sibirische Schützen-Division bei Darowo überfallartig an. Die dreimaligen, ohne besondere Artillerievorbereitung vorgehenden Angriffe brechen zusammen. Das während der Angriffe auf unsere Stellungen abgegebene Feuer mit etwa 7000 Schuß, darunter 2000 schwerer Kaliber, ergibt drei Verwundete.

Gleichzeitig stürmt die 2. Grenadierdivision in dichten Angriffsreihen wiederholt nördlich Darowo. Von 2 Uhr vormittags ab gerichtet zahlreiche tiefgelegene Angriffe zwischen Wogoda und Jirin gegen unsere seit zwei Tagen unter heftigstem Artilleriefeuer in geschossenen Gräben, hinter zerstörten Hindernissen stehenden Truppen. In die zurückstehenden Reihen des Angreifers feuert unsere Artillerie. Granaten räumt das Feuer einer 21-Zentimeter-Mörserbatterie auf unter den stehenden Angriffswellen. Die 11. sibirische Schützendivision läßt etwa 70 Proz. ihres Bestandes im Angriffsfelde liegen.

Am 9. Juli flauen die Kämpfe ab. Die zweite Schlacht von Baranowitsch neigt sich dem Ende zu. Geringen Geländegewinn bei Strobowa als einzigen Erfolg bezahlte der mit mehr als doppelter Übermacht angreifende Feind mit unermesslichen Verlusten. Die schlesische Landwehr, Polener und Brandenburger halten mit den Verbündeten die Sachkara- und Serwetich-Stellungen und Baranowitsch.

Am 14. Juli wird ein Gegenangriff auf die von den Russen gehaltenen Gräben bei Strobowa angelegt. Von 5 Uhr nachmittags ab arbeiten sich brandenburgische Reservebrigaden in schwerem Kampf heran. Dem linken Flügel gelang es, in die früher österröcherischen Stellungen einzubrechen und sich dort festzusetzen. Dabei werden 11 Offiziere, 1500 Russen gefangen und 13 Maschinengewehre erbeutet.

Die starken Verluste in der zweiten Schlacht bei Baranowitsch zwangen den Angreifer in den folgenden Tagen zur Ruhe, zur Aufstellung seiner zusammengeschlossenen Divisionen und zur Reagruppierung seiner Kräfte. Die Armeeabteilung Wotisch benutzte diese Ruhepause zum Ausbau der Stellungen und zur Anlage starker Niesigstellungen in Erwartung des erneuten Angriffs.

Am 25. Juli entzündet der Kampf aufs neue. Wieder versucht der Russe den Durchbruch an jener schmalen Stelle, die ihm den bescheidenen Erfolg am 3. Juli gebracht hatte. Ein Artilleriefeuer von unerhörter Heftigkeit hämmert gegen die in den früheren Kämpfen stark mitgenommenen Stellungen. Das russische XXXV. Korps mit 65. und 67. Division sowie die 82. Division des III. kaukasischen Korps stoßen auf einer Front von nur drei Kilometer Breite vor. Anstehend sicher ihres Erfolges, säumen sie in dichten, tiefgelegenen Reihen heran. Alle Verwendungen aber an Eisen- und Menschenmassen bleibt wirkungslos gegenüber der Zähigkeit der Brandenburger: — sie halten — und sei es in dem Erdoch, das die feindliche Granate riß. Artillerie, Handgranate und Bajonett verrichten stürmische Arbeit und in den späteren Abendstunden bedecken Laufende von russischen Leichen das Angriffsfeld, von dem der Feind auch nicht einen Fuß breit gewann.

Der schweren Anstrengung folgte beim Feinde am 26. 7. die Ruhe der Erschlaffung. Nur südlich Baranowitsch griff er in den Abendstunden nach kurzer heftiger Artillerievorbereitung eine Landwehredivision an. Das Feuer von 17 russischen Batterien ergoß sich über diesen schmalen Abschnitt. Die hier zum Stoß angelegten sibirischen Truppen wurden nach kurzem aber hartem Kampf unter schweren Verlusten abgewiesen.

Der amtliche russische Bericht am 26. Juli behauptet zwar: „In der Gegend des Flusses Sachkara wurde der Feind unter sehr großen Verlusten zurückgedrängt. Wir machten 63 Offiziere und 4000 Mann zu Gefangenen und erbeuteten 5 Geschütze, 6 Maschinengewehre, 12 Stücken Munition und anderes Kriegsmaterial.“ Dieser amtliche Bericht ist Wort für Wort unwahr!

Mit einer auch beim Feinde anzuerkennenden Tapferkeit und Hartnäckigkeit wurde am 27. Juli am Strobowabach nochmals ein gut vorbereiteter und kraftvoll angelegter Stoß geführt. Das sich um die Mittagszeit zum Trommelfeuer steigende Artilleriefeuer sollte der 8 Uhr 30 Minuten abends zum erstenmal vordringenden russischen Infanterie den Weg durch die Mauer der Brandenburger bahnen. Der Feind fand sie in unveränderter Festigkeit und Ruhe. Auch die starken bis 8 Uhr 30 Minuten vormittags dreimal wiederholten Angriffe wurden restlos abgeschlagen. Die Morgenröte des 28. sah die brandenburgischen Truppen als Sieger in ihren zerstückelten Stellungen, vor welchen die fürchterlichen Opfer vergeblicher Sturmversuche lagen.

Am 29. Juli erfolgte mit abnehmender Angriffskraft die dritte Schlacht von Baranowitsch. In treuer Waffensünderkeit kämpften

# Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 14. September 1916. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern.

In der Schlacht an der Somme beiderseitiger Artilleriekampf von größter Heftigkeit. Wiederholte starke feindliche Angriffe zwischen Ginch und der Somme und an mehreren Stellen südlich des Flusses sind blutig zurückgeschlagen. Bei Gegenstößen ist teilweise Gelände gewonnen; es wurden Gefangene und Beute eingebracht.

Front des deutschen Kronprinzen.

Rechts der Maas entspannen sich unter zeitweise sehr lebhafter Feuerstätigkeit im Abschnitt Thiamont—Chapitre-Wald Infanteriegefechte westlich der Souville-Schlacht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Lage ist unverändert.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In den Karpathen ist ein russischer Sturmversuch auf den Capul mißlungen. Westlich des Capul wird noch gekämpft.

In Siebenbürgen keine Ereignisse von Bedeutung.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Dobrutza sind die deutschen, bulgarischen und türkischen Truppen unter erfolgreichen Kämpfen im weiteren Vordringen.

Mazedonische Front.

Erhöhte Gefechtsstätigkeit beiderseits des Ostrovo-See, an der Woglena-Front und östlich des Wardar. Nördlich der Geganska Planina, sowie am Katuruz und Kowil wurden wiederholte stärkere feindliche Angriffe abgeschlagen. Kawa ist von bulgarischen Truppen besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

## Der österröcherische Generalkabsbericht.

Wien, 14. September 1916. (W. L. S.) Amtlich wird verkauft:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Mehrere feindliche Angriffe westlich und östlich von Nagy Egeden wurden abgewiesen. An den übrigen Frontteilen keine Ereignisse.

Deeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In den Karpathen wird abermals heftig gekämpft. Nach anschließiger Artillerievorbereitung, die sich zum Trommelfeuer steigerte, säumte der Feind gegen unsere Stellungen auf dem Smotrec, der Ludowa und dem Capul und wurde blutig abgewiesen. Im Gubo-Tal ist der Kampf noch im Gange.

Deeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Lage ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das feindliche Geschützfeuer gegen die Karsthochfläche gewann zusehends an Stärke.

In Triest setzten unsere Truppen die Säuberung des Foramegebietes fort, nahmen bei Grabernung einer Höhenstellung 44 Alpini, darunter zwei Offiziere, gefangen und erbeuteten ein Maschinengewehr, sowie namhafte Vorräte. Unsere Stellungen auf dem Fassanalam sind unter anhaltendem Artilleriefeuer.

Südbölicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalkabs: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 13. September nachmittags hat ein feindliches Flugzeuggeschwader, bestehend aus achtzehn Capronis unter Bedeckung von drei Abwehrflugzeugen, einen Angriff gegen Triest unternommen. Zur Unterdrückung hielten sich im Golf sechs feindliche Torpedoboote und zwei Motorboote auf. Es wurden zahlreiche Bomben abgeworfen, jedoch nur sehr geringfügiger Sachschaden und gar kein militärischer ausgerichtet; soweit bekannt, wurde ein Mann leicht verletzt. Linienfährtleutnant Danfeld zwang im Luftkampf ein feindliches Abwehrflugzeug zum Niedergehen und Nützung hinter die feindlichen Linien. Eigene Flugzeuge und Abwehrbatterien erzielten Treffer auf feindlichen Torpedobooten. Zu gleicher Zeit erschien ein feindliches Flugzeuggeschwader über Parenzo und warf circa zwanzig Bomben ab. Außer der Zerstörung einer Feldhöhe wurde kein Schaden angerichtet.

Flottenkommando.

Brandenburger und Schleier mit den verbündeten Truppen in drei außerordentlich blutigen Schlachten.

Kein Schritt vorwärts gegen den Durchbruchpunkt Baranowitsch. Einige hundert Meter Schützengraben bei Strobowa: — diesen strategischen und taktischen Wipfelpunkt erkaufte und bezahlte der Feind mit etwa 40 000 Toten, 60 000 Verwundeten, mit fast 5500 Gefangenen und mit dem Verlust von 28 Maschinengewehren. So endete für die russische Führung die dreimalige Durchbruchschlacht von Baranowitsch.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 18. September. (W. L. S.) Bulgarischer Generalkabsbericht vom 18. September.

An der rumänischen Front längs der Donau herrscht Ruhe. Das Vordringen unserer Truppen in der Dobrutza dauert fort. — Der Kommandant der III. Armee meldet ergänzend: Unsere Offiziere, die gestern aus Silistria, Lutran und Umgebung zurückkehrten und Augenzeugen der dortigen Ereignisse waren, berichten, daß die rumänischen Truppen während ihres schmachvollen Rückzuges haarträubende Ausbreitungen an der friedfertigen, wehrlosen bulgarischen

Bevölkerung verübt haben. Es wurde die Leiche eines minderjährigen Mädchens gefunden, in zwei Teile zerrissen. Die Untat geschah wahrscheinlich, nachdem das Kind vergewaltigt worden war. In diesen Schrecken der geschlagenen rumänischen Truppen haben auch einzelne russische Abteilungen teilgenommen, die sich in Silistria befanden.

Mazedonische Front: Gestern starkes beiderseitiges Artillerie- und Infanteriefeuer beim Ostrowo-See. Im Woglena-Gebiet verstärktes Artillerie- und Infanteriefeuer und Minentätigkeit. An einzelnen Stellen versuchte der Feind vorzubringen, wurde jedoch durch Feuer zurückgewiesen. Im Wardaral und am Dojran-See lebhaftes Artilleriefeuer. Beim Ostrowo-See sind zwei italienische Bataillone, eine Eskadron und eine Batterie vom Dorfe Ostrowo gegen Ostrowo-Dimaja vorgerückt. Unsere dort befindlichen Abteilungen griffen sie energisch an und jagten sie in die Flucht. Von unseren Truppen verfolgt, zog der Gegner sich gegen das Dorf Ostrowo zurück. Es wurden gefangen 1 Offizier, 1 Offiziersaspirant und 87 Mann. Bisher wurden bestattet 2 Offiziere und mehr als 70 Mann. Erbeutet wurden 200 Gewehre. Dies ist die zweite Begegnung mit den Italienern. Im Strumatal heftiges Artilleriefeuer.

An der Kega'schen Küste kreuzt wie gewöhnlich die feindliche Flotte.

## Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 13. September nachmittags. (W. L. S.) Nördlich der Somme dauerte die Schlacht gestern Abend mit ausgeprochenem Erfolge für die französischen Waffen fort. Das Dorf Vouhavesnes wurde von den Franzosen ganz genommen. Während der Nacht richtete sich die französische Infanterie in den eroberten Stellungen ein. Die Deutschen verhielten sich gegenangriff. Heute morgen setzten die französischen Truppen ihr Vordringen gegen Osten fort; sie nahmen im Sturm das Bois Lads-Geböht, das 600 Meter östlich von der Straße nach Vésime südlich von Vouhavesnes gelegen ist. Die Franzosen machten weitere Gelangene und erbeuteten zahlreiche Material. Bis jetzt ist noch keine genaue Zahl bekannt geworden. Nördlich von Eures brachte ein auf einem deutschen Graben in der Gegend Kändsch gerichteter Handreich der Franzosen Gelangene ein. Auf dem rechten Ufer der Maas machten wir in dem nördlichen Teil des Baum- und des Chapitre-Waldes einige Fortschritte. Der Artilleriekampf in der Gegend von Fleury-Chenais dauert sehr eifrig fort. Ueberall an der Front war sonst die Nacht ruhig.

Flugdienst: An der Somme-Front lieferten die französischen Flugzeuge während des gestrigen Tages 17 Kämpfe. Zwei deutsche Flugzeuge wurden abgeschossen, das eine bei Egecourt, das andere über Moins, nordöstlich von Veronne. Vier andere Apparate (einen ernstlich getroffen zu sein. In der Nacht vom 12. zum 13. September warfen die französischen Bombardierungsgeschwader zahlreiche Geschosse ab, 87 von Kaliber 12 cm auf den Bahnhof und die Barackenhäuser von Guiseard, wo Explosionen mit darauffolgendem Brande festgesetzt wurden, 24 auf den Bahnhof von Nottel und die Depot von Heudicourt, 74 auf die feindlichen Einrichtungen in der Gegend von Clair, 82 auf die in der Gegend von Damblères und 8 auf den Bahnhof Montmady. In derselben Nacht führte eine französische Gruppe folgende Unternehmungen aus: Sie warf 105 Granaten auf den Bahnhof von Diebenhofen, 60 auf die Hochöfen von Udingen (im Verlaufe dieses Bombardements führte ein Flugzeug die Fahrt hin und zurück zweimal aus), 6 Granaten auf die Hochöfen von Nombach und 6 auf die Bahnlinie bei Pont-a-Mousson.

Orientarmee: An der Strumafont keine Veränderung der Lage. Das Geschützfeuer dauert sehr lebhaft fort. In der Gegend der Beles-Berge sind die italienischen Truppen gegen Ostrowo und Djuma in Kampf getreten. Diesseits und jenseits des Wardar beschoß die Artillerie der Alliierten heftig die bulgarischen Befestigungen nördlich von Manow und von Rajabad. Auf dem linken Flügel dauern die Offensivhandlungen der serbischen Armee eifrig fort. Trotz des lebhaften feindlichen Widerstandes nordwestlich von Kowil besetzten die Serben eine wichtige Stellung nach einem Kampfe, der dem Feinde schwere Verluste kostete. Gegen Gaiwaschakan rücken die serbischen Vorhutabteilungen kämpfend vor. Nordwestlich und westlich des Ostrowo-See sind beständige Kämpfe im Gange. Südwestlich des See haben die serbischen Truppen ein ernstliches Vordringen zu verzeichnen. Die Artillerie schoß mehrere von den Bulgaren besetzte Dörferchen in Brand.

Vom 13. September abends. (W. L. S.) Nördlich der Somme haben wir unsere Stellungen an demjenigen Teile unserer Front, der dem Dorfe Combles gegenüberliegt, merklich erweitert und südlich des Geböhtes Briez das gesamte vom Feinde mächtig ausgebaute Grabensystem im Sturm genommen. Erbitterte Kämpfe sind im Laufe des Tages in unserem Zentrum und auf unserem rechten Flügel geliefert worden, wo die Deutschen kräftige Anstrengungen machten, um das verlorenen Gebiet wieder zu entreißen. Einem heftigen Angriff des Feindes, der von zwei Regimentern ausgeführt und gegen das Geböht und den Wald von Lab gerichtet wurde, gelang es zunächst, das Geböht wieder zu nehmen, aber durch eine neue, unvorteilhafte Angriffsbewegung haben unsere Truppen den Gegner aus dieser Stellung geworfen. Die wir von neuem vollständig in Besitz haben. Südlich war der Vergrüden 76 gleichfalls Gegenstand eines Angriffsversuchs. Nach einer Reihe von Kämpfen, die bis zum Nachmittags gingen und einen wechselreichen Verlauf nahmen, hat unsere Infanterie ihren Gewinn vollständig behauptet. Die Zahl der unvorteilhaft Gefangenen, die gestern und heute gemacht wurden, übersteigt gegenwärtig 2000. Das bedeutende Material, welches vom Feinde zurückgelassen wurde, umfaßt, soweit es bis jetzt gezählt ist, zehn Geschütze, darunter mehrere schwere, und etwa 40 Maschinengewehre allein im Abschnitt von Vouhavesnes. Südlich der Somme blieb der Artilleriekampf sehr lebhaft in der Gegend von Bernandovillers und Chaulnes. Am rechten Ufer der Maas haben die Deutschen noch gründlicher Artillerievorbereitung die Stellungen angegriffen, die wir kürzlich östlich von Fleury erobert hatten. Sie sind vollständig zurückgeschlagen und haben 70 Gefangene in unseren Händen gelassen. Sonst ist kein wichtiges Ereignis zu melden.

Belgischer Bericht. In der Gegend von Dinuade gegenseitiger Artilleriekampf, in der Gegend von Steenstraete entspann sich im Laufe des Nachmittags ein heftiger Kampf der Schützengrabenartillerie.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 13. September. (W. L. S.)

Westfront: In der Gegend der Stadt Riga und des Flusses Derna Dnie (S) ist der feindliche Flugdienst beträchtlich angewachsen. In der Gegend südlich von Jezupol wurden Versuche des Feindes, die Distrikte zu überschreiten, durch unser Feuer angehalten. In den Waldarbeiten führte der Feind am Oberlauf des Gorni Getermof einen vergeblichen Angriffsversuch auf die von uns eroberten Höhen aus. In der Dnieff bombardierte unsere Flotte am 9. September abends wirkungsvoll feindliche Fischdampfer in der Meerenge von Jeben. Ein Teil der Fischdampfer wurde gezwungen, auf Strand zu laufen.

Kaukasusfront: Lage unverändert.

Rumänischer Bericht.

Vom 13. September. (W. L. S.) Nord- und Nordwestfront: An der ganzen Front leichte Scharmäße. Wir haben 78 Gefangene gemacht.

Südfront: Gewehrfechtungen längs der ganzen Donau und in der Dobrutza. Wir sind auf der ganzen Front mit dem Feinde in Fühlung getreten. Lebhaftes Gefecht der Patrouillen und Vorposten. Eine feindliche Abteilung, die längs der Donau vorrückte, ist von uns im Gegenangriff zurückgeschlagen worden und hat 8 deutsche Kanonen in unseren Händen gelassen.

## Französische Stimmen über die Lage in der Dobrußtscha.

Bern, 13. September. (W. Z. B.) Der Militärkritiker des „Petit Parisien“ Roussel meint, der Vormarsch in der Dobrußtscha sei nur eine Art Säckelkuren, wovon man, falls nicht neue Nachrichten eintrösten, nicht zu erschrecken brauche, jedoch nur unter der Bedingung, daß alle Alliierten von der steigenden Wichtigkeit, die der Orientfront im Gesamtkampf zukomme, durchdrungen seien und nicht verärgert, um Bulgarien kalt zu stellen. Diese Auffassung, der um so mehr Wert zukommt, als Roussel bisher die Vorgänge in der Dobrußtscha mit Stillschweigen und Gleichgültigkeit behandelt hat, werden von General Verhaug im „Petit Journal“ noch schärfer vertreten, wenn er schreibt, der Fall von Tuzlaton und Silistria lasse noch nicht mutmaßen, daß die Bulgaren die Donau überschreiten wollen. Der Rest des Dobrußtschensystems müsse aber mit größtem Vorbehalt behandelt werden, da die Stärke der Gegner ausschlaggebend sei. Gerade die numerische Überlegenheit der Bulgaren sei die schlimmste Seite des Problems. Man müsse bezweifeln, daß Russen und Rumänen über einen starken Truppenbestand verfügten. Solange aber ihre Truppen nicht genügend stark seien, könnten sie nicht an eine Offensive denken, müßten vielmehr auf Konstanza zurückgehen. Die Bulgaren dagegen, denen es um die Säuberung der Dobrußtscha zu tun sei, gingen sehr geschickt vor. Sollten sie ihr Ziel erreichen, könnten sie um so ruhiger der Offensive Sarraills entgegengehen.

Bern, 13. September. (W. Z. B.) Perys schreibt zum Falle von Silistria: Während die gesamte französische Presse fast ausnahmslos dem französischen Publikum weis machte, der Fall Tuzlaton habe keine Bedeutung, haben die Bulgaren am rechten Donauufer ihren Vormarsch fortgesetzt und Silistria genommen. Wir würden die Rumänen täuschen, wollten wir ihnen vormachen, daß die in Saloniki befindlichen Truppen der Alliierten sie sofort aus ihrer unbequemen Lage befreien könnten.

## Die mysteriöse englische Hafensperre.

Haag, 13. September. (W. Z. B.) Der Generalpostdirektor teilt mit, daß der Postverkehr nach und über England bis auf weiteres eingestellt ist. Die Nachricht, daß alle englischen Häfen für ankommende und abfahrende neutrale Schiffe vorläufig gesperrt sind, wird amtlich bestätigt. Nach einer Mitteilung der britischen Gesandtschaft in Haag ist die Maßregel in der Nacht vom 12. auf den 13. September um 12 Uhr mitternacht in Kraft getreten.

Amsterdam, 13. September. (W. Z. B.) Die Neutrische Telegraphen-Agentur teilt den Blättern mit, daß sie seit 12 1/2 Uhr morgens kein Telegramm mehr aus London erhalten hat. Auch die amerikanischen Kurznachrichten sind ausgeblieben. Wie die Agentur erfährt, sind auch sonst keine Telegramme aus London eingetroffen, obwohl nach einer Mitteilung des Telegraphenamtes die telegraphische Verbindung mit London normal ist.

Rotterdam, 13. September. (W. Z. B.) Alle Schiffe in Rotterdam und Maasvluis, die hier waren, um nach England anzufahren, haben die Nachricht erhalten, daß ihre Ankunft in englischen Häfen nicht möglich ist.

## Englisches Memorandum über die Behandlung von U-Booten in neutralen Häfen.

Stockholm, 13. September. (W. Z. B.) Der Londoner Korrespondent von „Stockholms Tidningen“, berichtet über ein Interview, das ihm der englische Unterstaatssekretär Maurice de Bunsen gewährt hat. Bunsen zeigte dem Korrespondenten ein noch nicht veröffentlichtes Memorandum über die Bestimmungen für U-Boote in neutralen Häfen, das die Regierungen der Alliierten vor kurzem den Regierungen der Neutralen zugestellt haben. Das Memorandum bezweckt, die Neutralen dazu zu ermahnen, wirksame Maßnahmen zu treffen, um U-Boote der Kriegsführenden, in welcher Eigenschaft sie auch auftreten mögen, daran zu hindern, ein neutrales Gewässer zu besetzen und sich neutraler Häfen zu bedienen. Es wird vorgeschlagen: „U-Boote sollen von den völkerrechtlichen Bestimmungen, die bisher für den Zutritt und Aufenthalt von Kriegsschiffen und Handelsschiffen in neutralen Gewässern und Häfen galten, ausgeschlossen sein. Jedes U-Boot eines kriegsführenden Landes, das in einen neutralen Hafen eingedrungen ist, soll dort zurückgehalten werden.“ Die Regierungen der Alliierten betonen außerdem die erste Gefahr, die für neutrale U-Boote im Gewässern entstehen, die von kriegsführenden U-Booten besucht werden. Der Korrespondent von „Stockholms Tidningen“ bemerkt, daß diese Vorschläge alle auf die Gefahr des Handels-U-Bootes „Deutschland“ zurückzuführen dürften. Bekanntlich hat die schwedische Regierung bereits kriegsführenden U-Booten das Befahren der isländischen Gewässer verboten, dabei aber eigens betont, daß dies Verbot nur für solche U-Boote gelte, die zu Kriegszwecken dienen, also nicht für Handels-U-Boote.

## Vom U-Boot-Krieg.

Bern, 13. September. (W. Z. B.) „Petit Journal“ meldet aus Recamp, daß der Dreimaster „Europe“ am Sonntag von einem deutschen U-Boot versenkt und seine Besatzung gerettet wurde.

## Auf eine Mine geraten.

Kopenhagen, 14. September. (W. Z. B.) Der schwedische Dampfer „Johan Vilborg“, der für eine Kopenhagener Firma Heringe von Island holen sollte, ist heute früh auf der Fahrt von Karrebæksminde nach Kopenhagen in der Rjoegebucht auf eine Mine gestoßen. Der Besatzung und eine Frau sind gerettet und in das Kopenhagener Marinehospital gebracht worden. Acht Mann der Besatzung werden vermisst.

## Die Debatte im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 13. September. (W. Z. B.) Abgeordnetenhaus. Graf Tisza erwiderte auf die Ausführungen Andrássy und sagte, er bedauere, den Antrag auf Einberufung der Delegationen ablehnen zu müssen. Er würde lebhaft wünschen, daß die Delegationen zusammenzutreten und daß in Oesterreich die Wahl der Delegierten erfolgen könne. Allein die Frage, ob man in Oesterreich die Delegationen wählte oder nicht, sei Sache der Erwägung der dortigen Faktoren, und es wäre ein gefährlicher Vorgang, sich in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs zu mischen. Auch sei die Annahme unzutreffend, als ob man sich in Ungarn über die Störung des österreichischen Parlamentarismus freuen würde, weil dies angeblich dem ungarischen Einfluß zugute komme. Man dürfe nicht glauben, daß die österreichische Regierung ihren gesetzlichen Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten etwa nicht ausübe, weil der österreichische Ministerpräsident infolge der Vertagung des Parlamentes seinen Einfluß habe, sich zu äußern. In Ungarn gäbe es niemand, der eine Störung des österreichischen Parlamentes wünschen würde. Jedoch müsse man sich einer Einmischung in die inneren österreichischen Angelegenheiten zu enthalten versuchen. (Beifall.)

Der Ministerpräsident erörterte sodann die Kritik, welche Graf Andrássy an der auswärtigen Politik geübt hatte, und widerlegte namentlich die Beschuldigung Andrássy, daß der Krieg mit Italien hätte vermieden werden können, wenn der Minister des Aeußern Curian nicht Mißtrauen in den Ernst seiner Anerbietungen erwidert hätte, da er größere Zugeständnisse immer in dem Zeitpunkt angeboten habe, wenn die Kriegslage sich ungünstiger gestaltet hätte. Tisza verlas eine Reihe von Berichten und Notizen, welche diese Behauptung widerlegen, und sagte: Am 4. und 5. Mai 1915, nach dem Siege von Gorlice, haben wir eine Grenzberichtigung am Isonzo angeboten. Ferner haben wir die Erfüllung gewisser italienischer Wünsche in Bezug auf Triest angeboten und erklärt, daß wir uns bezüglich Albanien desinteressieren. Dieses sehr bedeutende Zugeständnis wurde drei Tage nach dem Sieg bei Gorlice gemacht. Sodann erfolgte noch ein wichtiger Schritt am 10. Mai. An diesem Tage hat nämlich unser Vorkämpfer posthume Kenntnis davon erhalten, daß Baron Sonnino weder dem König noch seinen Ministerkollegen unsere Anerbietungen getreulich mitgeteilt hat. Infolgedessen entschloß er sich zu dem Schritt, daß er bereit mit dem deutschen Vorkämpfer die Zugeständnisse zu Papier brachte, sie noch ergänzte und erweiterte. Dieses von beiden Vorkämpfern unterschriebene Schriftstück wurde an die entsprechenden Stellen geschickt. Dieser Schritt war vorwiegend die Ursache, man muß es wenigstens annehmen, daß nunmehr Meinungsverschiedenheiten im Schoße der italienischen Regierung entstanden. Es folgte hierauf die Kandidatur eines solchen Staatsmannes, von dem wir annehmen konnten, daß er ein für Italien so glänzendes Anerbieten nicht zurückweisen würde, und für den die Mehrheit der italienischen Kammer demonstrativ Stellung nahm. Wir machten sodann noch einen weiteren Schritt, indem ein Vertragsentwurf abgefaßt und unser italienischer Vorkämpfer bevollmächtigt wurde, diesen Entwurf der italienischen Regierung zu überreichen. Dieser Entwurf ist in nicht unwesentlichen Einzelheiten noch um etwas weitergegangen als die bisherigen Anerbietungen. Er wurde am 17. Mai dem Minister des Aeußern des neuernannten Kabinetts Salandra übergeben, welcher darauf nicht antwortete. Am 23. Mai, dem Tage der Kriegserklärung, wurde nur soviel gesagt, daß dieses Anerbieten verspätet sei.

Dies ist die trockene Darlegung der Tatsachen. Ich frage nun, ob diese Tatsachen die Beschuldigung rechtfertigen, daß wir unter dem Eindruck der Besetzung, in einem Zeitpunkt, wo wir militärisch schlecht standen, die Anerbietungen erhöhten, während wir in günstigen Momenten keine Rücksicht zeigten. Ich glaube sagen zu können, daß der Minister des Aeußern durchaus nicht die Beschuldigung verdient, Anerbietungen im schlechten Augenblick gestellt zu haben, und ebenso wenig die Anklage, daß der „eheliche“ Sonnino sein rechtes Vertrauen zu unserem „italischen“ Minister des Aeußern lassen konnte. (Allgemeine lebhafteste Zustimmung.)

Tisza ging dann zur Besprechung der Kriegserklärung Rumaniens über und sagte: Inlere auswärtige Vertretung hat uns pflichtgemäß auf die Gefahr seitens Rumaniens aufmerksam gemacht. Auch hat unser Gesandter pünktlich vom Grade der Verehrlichkeit der rumänischen Armee berichtet. Wir wußten, und wie die Folge zeigt, waren wir gut unterrichtet, daß die rumänische Armee noch nicht bereit sei. Aus diesem Bericht glaubten wir zu entnehmen, daß der Angriff nicht so früh erfolgen würde. Wir glaubten, daß Rumänien sich sein eigenes Interesse besser vor Augen halten werde. In dieser Annahme täuschten wir uns. Dieser Irrtum hatte für uns schädliche und traurige Folgen. Aber ich weiß nicht, ob diese Folgen, welche aus dem verfrühten Angriff entstehen werden, für Rumänien nicht viel schwerer sein werden.

Tisza schloß: Ich bedauere, daß das Bündnis mit Rumänien sich nicht bewährt hat. Ich bedauere, daß jene gesunde politische Ueberlieferung, welche den geschichtlichen Verursachern Rumaniens darin erblickt, daß es sich der Mächtegruppe anschloß, die sich der Welt Herrschaft Rußlands entgegenstellt, daß mit dieser Ueberlieferung wenigstens derzeit gebrochen wurde und daß vorübergehende Strömungen Rumänien gegen sein eigenes Lebensinteresse zum Kriege gegen uns verleitet haben. Aber ich glaube, daß die Entschädigung, welche uns das Bündnis mit Bulgarien bietet, unter allen Umständen den rumänischen Verlust vollkommen wettmacht. (Lebhafteste Zustimmung.)

Graf Apponyi begründet seinen Antrag, daß durch eine gesetzliche Verfügung angeordnet werde, daß der Minister des Aeußern zur Erteilung von Aufklärungen im ungarischen Reichstage erscheinen solle, falls eine Tagung der Delegationen unmöglich sei. Er forderte, daß bei dem Fehlen der österreichischen Mitglieder der Delegationen die verfassungsmäßige Kontrolle der auswärtigen Politik im ungarischen Reichstage ausgedehnt werden möge. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß die Wichtigkeit der verfassungsmäßigen Kritik im feindlichen Ausland ein so ungeheurer Uebelstand wäre. Die Aufrechterhaltung der Meinung, als ob in Oesterreich-Ungarn oder irgendwo alles und jedes zum besten bestellt sei, sei ein vergebliches Bemühen und nach den Proben der Widerstandskraft, welche die Nation abgelegt habe, könne man ihr wohl zumuten, die Wahrheit und Aufrichtigkeit zu ertragen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kündigte Graf Apponyi an, daß er die militärische Leitung, die außenpolitische Führung und die Ernährungsfragen behandeln wolle. Der Redner besprach dann eingehend die militärischen Vorgänge beim Durchbruch von Luck und bei Dna, wodurch die militärische Lage an der Ostfront, wie der Redner hoffe, nur vorübergehend verändert worden sei. Diese Dinge hätten die im Feldzuge eingetretene Aenderung herbeigeführt. Es sei natürlich unerlässlich, daß in der Obersten Heeresleitung ein Wechsel eintrete, der bei den Truppen und der Bevölkerung das starke Vertrauen wie nach Gorlice wieder erwecke. Auch in der Kriegsführung der Verbündetenmächte seien große und schwere Fehler begangen worden, die für die Mittelmächte äußerst günstige Folgen gehabt hätten, aber bei jedem vorgekommenen Fehler seien persönliche Garantien geboten worden, daß er sich nicht wiederhole. Es sei eine berechtigende Forderung, daß auch in Oesterreich-Ungarn solche Garantien geboten werden. Der Ministerpräsident müsse für die Verwirklichung dieser Forderung das Gewicht seiner Macht in die Waagschale werfen.

Budapest, 14. September. (W. Z. B.) Abgeordnetenhaus. Abgeordneter Graf Bela Serenyi erklärte, daß er den Antrag Andrássy auf Einberufung der Delegationen annehme und deshalb aus der Regierungspartei austrete, da die Abstimmung über die Anträge als Parteifrage erklärt worden sei. Der Redner sagte, er wisse wohl, daß er mit seiner Anschauung in der Partei vereinzelt dastehe und er erwarte und wünsche nicht, daß irgend jemand seinem Beispiel folge.

## Miljukoff über die deutsche Einigkeit.

Herr Miljukoff, der Führer der russischen Arbeiterpartei, hat vor kurzem dem Pariser „Journal“ ein Interview gewährt, dessen Inhalt im folgenden kurz wiedergegeben sei.

Herr Miljukoff ist nicht der Ansicht, daß man Deutschland zerstückeln und mit Oesterreich-Ungarn vorsichtig umgehen müsse. Er meint, daß Oesterreich in seinem gegenwärtigen politischen Stand nicht bestehen bleiben könne; er sieht vielmehr die Rückkehr der rumänischen, serbischen, italienischen Bevölkerung zu ihrem ursprünglichen Vaterland voraus. Diese Teilung würde fast notwendigerweise zu einer Verbindung der Deutschen Oesterreichs mit Deutschland führen, also nicht zu einem Bruch der deutschen Einigkeit, sondern im Gegenteil zu einer Befestigung und sogar zu einer Ausdehnung.

Miljukoff ist über diese These nicht erschrocken. Er ist überzeugt, daß „der Völkern Feindlicher und selbst mißtrauischer Länder“ genügen würde, um künftig Deutschland „in seinen nationalen Grenzen“ zu halten.

Dazu bemerkt Renaudel in der „Humanité“:

„Die Kriegereignisse haben noch nicht das Problem auf den Punkt getrieben, wo wir es zu prüfen haben werden. Aber es ist nicht unnützlich, von jetzt an die Ideen des Herrn Miljukoff zu unterstreichen und zu zeigen, daß dieser Gesichtspunkt demjenigen unserer Nationalisten entgegengekehrt ist, die in einer politischen Desorganisation Deutschlands die Garantie der zukünftigen Ruhe Europas zu finden glauben.“

Das Interdium Miljukoffs verdient besonderes Interesse, weil in der letzten Zeit Blätter wie die „Deutsche Tageszeitung“ mit erneuter Kraft auf die Notwendigkeit einer Aenderung der Taktik gegen Rußland hinweisen und immer wieder erklären, daß das Feldgeschrei „Gegen den Sozialismus“ irreführend sei. Die „Deutsche Tageszeitung“ stützt sich bei ihrer Beweisführung im Leitartikel vom 12. September auf eine Aeußerung des Gewerkschaftssekretärs W. J. J. J. J., der u. a. gesagt habe: „Das Geschrei von einem Bündnis mit dem Sozialismus darf uns nicht irritieren.“ Das Agrarierorgan behandelt die Frage der Annäherung im Zusammenhang mit dem polnischen Problem, aber es ist klar, daß eine Aenderung im Verhältnis zu Rußland eine große Anzahl anderer Fragen nach sich ziehen müßte. Man wird gut daran tun, diese und ähnliche Diskussionen aufmerksam zu verfolgen. (z)

## Die Forderungen der englischen Eisenbahner.

„Morning Post“ vom 4. September berichtet: Eine Versammlung von Eisenbahnern in Birmingham (am 3. September) forderte die Regierung auf, ein Kontrollsystem über die Lebensmittel einzuführen. Ferner soll der Vorstand Schritte tun, um eine wöchentliche Lohnzulage von 10 Schilling durchzusetzen. Der Verein der Lokomotivführer und Heizer faßte den gleichen Beschluß.

Der Abgeordnete Thomas sagte auf einer Versammlung von Eisenbahnern in Derby: „Wir sind gezwungen, dem Lande zu sagen, daß die Lage einfach unerträglich geworden und nicht länger auszuhalten ist. Je länger die Verzögerung in der Lohnfrage dauert, um so gefährlicher wird die Lage.“ Er fordert die Leute auf, vorläufig ihren Entschluß, die Arbeit niederzuliegen, hinauszuschieben. Gleichzeitig erklärt er der Regierung und den Eisenbahngesellschaften: „Während ich vor vierzehn Tagen die Lage als ernst bezeichnete, erkläre ich jetzt feierlich, daß sie politisch gefährlich ist. Die Lohnforderung kommt spontan aus allen Teilen des Landes, es herrscht das allgemeine Gefühl, daß eine unerträgliche Lage geschaffen ist, der sofort wirksam begegnet werden muß.“

## Neue Rüstungskredite in Holland.

Haag, 14. September. (W. Z. B.) In der Zweiten Kammer wurde eine außerordentliche Marinekreditvorlage von 8 1/2 Millionen Gulden für das zweite Halbjahr 1916 eingebracht.

## Englisch-russisches Abkommen über Persien.

Zwischen Rußland und England ist ein neuer Vertrag über Persien geschlossen worden. Er unterscheidet sich insofern von dem Abkommen von 1907, als Persien diesmal, wie der „Manchester Guardian“ nach einer Meldung des „Kowojew Wremja“ mitteilt, „als gleichberechtigter Teil der Vertragsschließenden“ mitauftritt.

Der erste Punkt des Uebereinkommens von 1916 betrifft die Bildung einer persischen Armee. Die frühere schwedische Gendarmerie habe sich als ein Blutz für Persien erwiesen, und die englisch-russische Diplomatie sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß dieser Versuch besser nicht wiederholt werde. Es soll eine Nationalarmee geschaffen werden, mit deren Organisation im Norden Rußland, im Süden England betraut wird. Die Basis dieser zukünftigen persischen Armee soll die gegenwärtige persische Kosakenbrigade bilden, deren Mannschaften auf die Zahl von 11 000, einschließlich Infanterie, Kavallerie und Artillerie, erhöht werden soll. Eine Armee von dem gleichen Umfang soll im Süden unter englischen Instruktoren gebildet werden. „Die persische Regierung wird auf diese Weise eine Macht zur Verfügung haben, die sie nicht ihrem Schicksal überlassen oder sie betrügen oder sich selbst dem Feinde ausliefern wird, wie es die schwedisch-persische Gendarmerie tat.“

Den zweiten Punkt bilden die finanziellen Vereinbarungen. Die persischen Finanzen sollen einem gemischten Komitee, bestehend aus zwei Personen, einem Engländer und einem Russen, mit einem Belgier als Vorsitzenden anvertraut werden.

Der dritte Punkt bestimmt, daß Rußland und England das Darum hinausschieben sollen, an dem Persien seine Schulden zu bezahlen hat. In der Zwischenzeit sollen die Zollabgaben in Nord- und Südpersien an das persische Schatzamt bezahlt werden.

Mit diesem Vertrag ist die Aufteilung Persiens ziemlich endgültig besiegelt. Besonders amächtig ist der Passus, daß die persische Regierung nunmehr eine Militärmacht zur Verfügung habe, die sie nicht im Stich lassen oder betrügen werde. Nehmen wir einmal an, Persien käme in Konflikt mit einer der vertragsschließenden Mächte. Glaube irgend jemand, daß die von fremden Instruktoren besetzte Armee dann gegen die Macht vorgehen werde, aus deren Reihen die Instruktoren hervorgegangen sind? (z)

## Letzte Nachrichten.

### Anzeigepflicht für Leim.

Amlich, Berlin, 14. September. (W. Z. B.) Im Zusammenhang mit der Anspruchnahme eines Teils der Rohstoffe der Leimherstellung für die Erzeugung von Ersatzfuttermitteln, hat eine starke Preisdreiherei auf dem Leimmarkt eingesetzt, die anscheinend weniger in wirklicher Knappheit der Ware als in der spekulativen Zurückhaltung erheblicher Mengen ihren Grund hat. Um diesen Mißständen zu steuern, ermächtigt eine Bekanntmachung des Bundesrats vom 14. September den Reichslanzler, den Verkehr mit Leim jeder Art zu regeln. Zur Vorbereitung dieser Regelung wird eine Anzeigepflicht der Hersteller und Besitzer und eine Bedarfsanmeldungsspflicht der gewerblichen Verbraucher von Leim eingeführt. Die Anzeigen, die bei Herstellern und Besitzern monatlich wiederholt werden, sind an den Kriegs- und Leimrat für Ersatzfutter G. m. b. H. in Berlin zu richten; die näheren Einzelheiten sind durch eine gleichzeitig mit der Bundesratsverordnung erlassene Ausführungsverordnung des Reichslanzlers festgesetzt.

### Explosion in einer französischen Pulverfabrik.

Bern, 14. September. (W. Z. B.) Französische Blätter zufolge ereignete sich in der Pulverfabrik in Dagonne eine Explosion. Der Schaden ist sehr bedeutend. Zwei Personen wurden getötet, mehr als zwanzig verwundet.

### Die Dobrußtscha-Bulgaren nach Sibirien verschickt.

Sofia, 14. September. (Z. U.) Die bulgarische Regierung hat an der Hand authentischer Dokumente und nach sorgfältiger Untersuchung einwandfrei festgestellt, daß die rumänischen Behörden Mitglieder der bulgarischen Bevölkerung in der Dobrußtscha kurz vor der Flucht der Rumänen den Russen übergeben haben und daß diese Unglücklichen durch die Russen wie gemeine Verbrecher nach Sibirien verschickt wurden. Bis her hat dieses Los über hundert Männer und Jünglinge getroffen. Die zurückgelassenen Familien der Verbannenen wurden aller Mittel beraubt und sind dabei der bittersten Not preisgegeben.

# Gewerkschaftliches.

## Außerordentlicher Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Berlin, den 14. September.  
Vierter Verhandlungstag.

Ueber die Frauenarbeit in der Schneiderei, Konfektion und Wäschebranche sprach Joseph, Redakteur der Nachzeitung. Die Richtlinien des Referats sind in einer längeren Resolution festgelegt: Danach hat die gewerbliche Frauenarbeit im Schneidergewerbe, die bereits vor dem Kriege eine bedeutende Steigerung erfahren hat, während der Kriegsdauer ständig an Ausdehnung und Umfang zugenommen. Zu denjenigen Branchen, bei denen ein Zugang an weiblichen Arbeitskräften in der Hauptsache in Betracht kommt, gehören die Herrenkonfektion und vor allem die Militärlieferungsbranche. Zur letzteren zählt noch, außer der Anfertigung der Militärbekleidung und Beamtenuniformen, die Herstellung von Sandsäcken, Helmbezügen, Brotbeuteln, Hemden und Unterzeugen usw. Soweit es sich bei dieser Produktion um die Herstellung von ausgesprochenem Kriegsbedarf handelt, steht naturgemäß nach Beendigung des Krieges sicher wieder eine Einschränkung dieser Produktion zu erwarten. Der Arbeitsmarkt aber wird durch die freiwerdenden weiblichen Arbeitskräfte erheblich belastet werden, was zur Folge hat, daß sich diese Massen dann den übrigen Branchen, wie der Konfektion und Wäscheindustrie zuwenden werden und dort das Angebot an weiblichen Arbeitskräften ungeheuer vermehren. Die bürgerlichen Frauenvereine tragen bereits jetzt dieser Tatsache Rechnung und suchen durch Berufsberatungen, Auszubildungskurse und durch Arbeitsvermittlung der Unterbringung dieser weiblichen Kräfte in die verschiedenen Branchen der Schneiderei und Näherei den denkbaren größtmöglichen Vorschub zu leisten. Dadurch wird systematisch eine Vermehrung der Heimarbeiter herbeigeführt, die in ihrer Wirkung — da hierbei meist nur Hilfs- und Nebenarbeit in Betracht kommt — eine Gefahr für die ständigen Berufsarbeiterinnen und deren Lohn- und Arbeitsbedingungen bilden werden. Dieser Zunahme der Frauenarbeit, soweit sie von den Unternehmern als Mittel zur Lohnrückbildung benutzt wird, um die Ertragsminderungen der männlichen Arbeitskräfte zu gefährden, ist entschieden entgegenzutreten. Dieses Vorgehen richtet sich aber nicht gegen die Frauenarbeit an sich, sondern gegen ihre lohnrückbildende Tendenz.

Die Ausführungen des Referenten klangen dahin aus, daß man die Arbeiterinnen für die Organisation gewinnen müsse, um die Gefahr der Lohnrückbildung zu verhindern und für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu erstreben. Der Verbandstag stimmte dem lebhaft zu.

**Stellungnahme zum Heimarbeiterchutz**  
sprach Sabath, Redakteur. Seine Ausführungen waren eine Begründung der nachstehenden Resolution:

„Der Verbandstag fordert von der Gesetzgebung die Schaffung eines Heimarbeitergesetzes auf breiterer Grundlage nach den Grundrissen, wie sie von den Heimarbeiterkongressen wiederholt aufgestellt worden sind. Ferner fordert der Verbandstag die Heimarbeiterversicherung, die Unfall-, Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Im Interesse der Hausgewerbetreibenden und im Interesse der Volksgesundheit fordert der Verbandstag die Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914, damit die reichsgesetzliche Regelung der Krankenversicherungspflicht wieder eingeführt wird.“

Die Debatte über beide Referate wurde gemeinsam geführt. Sie bewegte sich im Sinne der Referate und der Resolutionen. Von einzelnen Rednern wurde betont, daß trotz der ungeheuren Zunahme der weiblichen Arbeitskraft im Schneidergewerbe so wenig weibliche Mitglieder für die Organisation gewonnen resp. dem Verband erhalten blieben. Als Grund dafür wurde angeführt, daß meistens die Heimarbeiterinnen, wie überhaupt die in der Schneiderei beschäftigten Arbeiterinnen, ihre Arbeit nur als Neben-erwerb ansehen und oft auch als solche von anderen eingeschätzt wird. Auch die Unkenntnis über die Notwendigkeit der Organisationszugehörigkeit, wie der geringe Verdienst, trügen wohl die Schuld an der Organisationsflucht der Arbeiterinnen.

Von Bloog-Beipzig wurde folgende Resolution über die Militärlieferungsarbeiten begründet, die daraufhin einstimmig angenommen wurde:

„Für die Militärlieferungsarbeiten hält der Verbandstag die Bildung von Schlichtungskommissionen — wie solche für einzelne Bekleidungsämter schon bestehen und sich bewährt haben — für den Bereich eines jeden Armeekorps, zur Durchführung der geltenden Lohnfestsetzungen, nach folgenden Gesichtspunkten für erforderlich:

1. Die zu bildende Schlichtungskommission ist für alle ihr zustehenden Aufgaben im Bereiche des Armeekorps zuständig und hat diese für alle Orte zu erledigen.

2. Die Schlichtungskommission setzt sich zusammen aus Vertretern der Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber als Beisitzer, Vertreter des Bekleidungsamtes zur Information, Beratung und Auskunft und einem unparteiischen Vorsitzenden.

Ferner erwartet der Verbandstag, daß für die Militärlieferungsarbeiten von den zuständigen Stellen einer der gesteigerten Ausgaben für die Lebenshaltung entsprechenden Erhöhung der Löhne stattgegeben, wobei eine besondere Erhöhung des Lohnes für den Einheitsmantel als besonders nötig erachtet wird.

Als unerlässlich nötig betrachtet es der Verbandstag, daß von den Bekleidungsämtern Vorzüge dahin getroffen wird, daß für alle Militärlieferungsarbeiten der in der Bekanntmachung vom 4. April 1916 vorgesehene Lohnzuschlag von 10 Proz. auf den verdienten Lohn bei Stundearbeit den Arbeitern gewährt wird.“

Nach Beratung geschäftlicher Angelegenheiten sind die Arbeiten des außerordentlichen Verbandstages, da seine Statutenänderungen usw. vorgenommen werden sollen, erledigt. Nach einem Rückblick über die geleistete Arbeit wurde der Verbandstag geschlossen.

### Berlin und Umgegend.

#### Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Die Formier F. und W. von der Eisengießerei C. wollen ihren Kriegsschein, weil sie bei dem Preis, der ihnen zugesagt war, nicht zu ihrem gewöhnlichen Verdienst kommen können. Die Firma stellt sich auf den Standpunkt, daß die Arbeit einmal zu dem Preis angefangen sei und nun auch fertig gemacht werden müsse. Der Kriegsausschuß hat jedoch des öfteren schon den Arbeitern geraten, daß, wenn ihnen die Arbeit nicht genügend bezahlt erscheint, sie doch wenigstens einmal einen Versuch machen sollen. Da dies nun im vorliegenden Fall geschehen, kann sich der Kriegsausschuß der Aufschauung der Firma nicht anschließen. Es erfolgte eine Verständigung dahin, daß der Preis für die Arbeit so festgesetzt wird, daß die Formier in der Lage sind, auch bei der vorliegenden Arbeit zu ihrem gewöhnlichen Verdienst zu kommen.

Von derselben Firma kam der Formier F. und wollte einen Kriegsschein, weil er aussetzen mußte, ohne für die Zeit des Aussetzens bezahlt zu werden. Der Kriegsausschuß stellt sich auf den Standpunkt, daß, wenn die Firma trotz Stockung sich ihre Arbeiter erhalten wolle, sie auch für die Zeit des Aussetzens den Arbeitern ihren Lohn zahlen müsse. Wenn nicht, stehe dem Arbeiter ein Kriegsschein zu.

Bei der Firma R. A. G. ist der Tischler M. als Hilfsarbeiter beschäftigt. Da M. jetzt Gelegenheit hat, wieder als Tischler beschäftigt zu werden, wird ihm der Kriegsschein erteilt.

Bei der Firma J. A. sind fünf Revolverdreher beschäftigt, denen von ihren Preisen ein Abzug gemacht werden soll, und da sich die Revolverdreher das nicht gefallen lassen wollen, fordern sie den Kriegsschein. Es wird der Firma aufgegeben, sich mit den Revolverdrehern zu verständigen, anderenfalls steht denselben der Kriegsschein zu.

Der Schlosser C. von der Firma B. u. G. ist von der Firma entlassen, ohne einen Kriegsschein erhalten zu haben. Die Firma glaubte, hierzu berechtigt zu sein. Es wird die Firma vom Kriegsausschuß darauf hingewiesen, daß jede Firma, die einen Arbeiter entläßt, verpflichtet ist, sofort den Kriegsschein auszustellen. Eine Firma, die das unterläßt, ist dem Arbeiter für die Dauer der Weigerung zu Schadenersatz verpflichtet.

Der Sattler V. von der Firma Schw. ist bei dieser Firma zurzeit als Hilfsarbeiter beschäftigt. Da V. jetzt Gelegenheit hat, als Sattler beschäftigt zu werden, so wird ihm der Kriegsschein zugesprochen.

Der Dreher C. von der Firma H. will einen Kriegsschein. Da C. erst 19 Jahre alt ist und 1,44—1,50 M. pro Stunde verdient, kann ihm wegen zu geringem Verdienst der Kriegsschein nicht ausgestellt werden. Da C. jedoch behauptet, daß er ohne Kriegsschein eingestellt ist, wird die Firma aufgefordert, dem dem Dreher bei der Einstellung abgenommenen Kriegsschein vorzulegen, oder, falls C. ohne Kriegsschein eingestellt ist, muß die Firma jetzt einen Kriegsschein ausstellen.

Der Schlosser B. von der Firma B. ist vor drei Wochen mit 1 M. pro Stunde eingestellt und erhielt die Zuficherung, in kürzester Frist Zulage zu erhalten. Unter dieser Zulage versteht die Firma es als ausreichend, daß sie ihm 5 Pfennige pro Stunde mehr gegeben hat. Der Kriegsausschuß ist der Meinung, daß das keine ausreichende Erfüllung des Versprechens ist, und da sich die Firma nicht bereit erklärt, mehr Zulage zu geben, erhält der Schlosser den Kriegsschein.

## Aus der Partei.

### Sozialdemokratische Kundgebungen.

In Augsburg sprach am Sonntag Reichstagsabgeordneter Segny über Krieg und Frieden.

In Lage (Sippe), Gradweide und Gaderbaum bei Bielefeld sprach Genosse S. A. C. Vielefeld in stark besuchten Versammlungen über das gleiche Thema. — Die Redner fanden in allen Versammlungen stürmischen Beifall. (2)

Das Pressebureau berichtet: Am Montag und Dienstag sprach Genosse Scheidemann im Solinger Kreise über „Krieg, Völk und Frieden“. In Obilg waren 1500, in Solingen 2000 Personen anwesend. Laufende fanden keinen Platz. Scheidemanns Vortrag fand großen Beifall. In Solingen fand Diskussion statt. Beide Versammlungen nahmen die vorgelegten Resolutionen einstimmig an. (2)

### Eine Erklärung der württembergischen Parteiopposition.

Aus Stuttgart werden wir um Aufnahme nachstehender Erklärung ersucht:

„Die auf dem Boden der Parteiopposition stehenden Genossen Württembergs erklären:

Durch das brüske Vorgehen des Parteivorstandes, der große Mehrheiten und starke Minderheiten von Wahlkreisorganisationen Württembergs als außerhalb der Partei stehend erklärte, ist es diesen nicht möglich, auf der in Berlin stattfindenden Reichskonferenz vertreten zu sein.

Der Reichskonferenz steht daher ein Anspruch darauf, ein getreues Spiegelbild der Stimmungen und Auffassungen der Genossen des Reiches zu sein, von vornherein nicht zu.

Die Genossen der württembergischen Parteiopposition erklären, sich, unabhängig von den Beschlüssen der Reichskonferenz, auch in Zukunft im Sinne sozialistischer Grundsätze und internationaler Verhältnisse zu betätigen.“

### Aus den Organisationen.

Zu dem in der Sonntagsnummer enthaltenen Versammlungsbericht aus Kiel wird uns mitgeteilt, daß bei den Delegiertenwahlen zur Reichskonferenz insgesamt für die Kandidaten der Fraktionsmehrheit 1171 Stimmen abgegeben wurden. Diese verteilen sich auf Pöller 468, Breckow 489, Wuttmann 60, Edler 72, Hennig 51, Meyenfuß 19 und Dau 12 Stimmen. Für den Anhänger der Minderheit wurden 452 Stimmen abgegeben. Daraus ergibt sich, daß, wenn alle Minderheitsanhänger nur Viermann gewählt haben, 595 Mehrheitsstimmen und 452 Minderheitsstimmen sich gegenübersehen.

Der Antrag, in nächster Zeit eine Versammlung einzuberufen, in der ein Mitglied der Reichstagsfraktion und ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft ihre gegenteiligen Ansichten vortragen sollen, ist von der Versammlung nicht angenommen, sondern wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Kreisvorstandsstellung des Wahlkreises Hagen-Schwelm wählte als Delegierten zur Reichskonferenz den Parteisekretär Genossen Kellen. Die übergroße Mehrheit des Kreisvorstandes steht — wie frühere Abstimmungen ergeben haben und auch jetzt wieder die Debatten zeitigten — auf dem Standpunkt der Minderheit.

Als Delegierte zur Reichskonferenz wählte Kischaffenburg den Genossen Karsten, der Wahlkreis Schweinitz den Genossen Stary. Beide Genossen stehen auf dem Boden der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Die Parteigenossen in Frankfurt a. M. beschäftigten sich in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung mit der Stellungnahme zur Reichskonferenz, über die Genosse Heinemann das erhellende Referat hielt.

In der längeren, im ganzen recht sachlichen Aussprache gab zunächst ein Genosse in der Opposition eine Erklärung ab, die sich auf die Vorgänge in der letzten Versammlung bezog und sich gegen die Behandlung einiger Versammlungsbefugter richtete. Das im Anschluß hieran verlesene Protokoll der erwähnten Versammlung gibt eine Darstellung von den damaligen Vorkommnissen, die die überaus große Mehrheit für richtig anerkennt und das Protokoll genehmigt. Es sprach wiederholt noch drei Genossen von der Minderheit und zwei von der Mehrheit.

Bei der Wahl von zwei Delegierten erhielten die Mehrheitsanhänger Wittich 185, Weingärtner 183 Stimmen; Mählich (Vertreter der Minorität) 102 Stimmen.

Von anderer Seite werden wir um Abdruck der in dem vorstehenden Versammlungsbericht erwähnten Erklärung der Minorität ersucht. Sie lautet:

„Nachdem die Parteileitung zur letzten Parteiversammlung den Genossen Scheidemann als Referent berief, hatte sie die Pflicht, auch einen Korreferenten zu bestellen, um den Mitgliedern, die Anhänger der Minderheit sind, gerecht zu werden. Das geschah jedoch nicht. Von der Minderheit erließen der Genosse Vogt, Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, in der Vörierversammlung. Der Parteisekretär wies ihn jedoch in schroffer, rücksichtslosster Form vor Versammlungsbeginn aus dem Saal. Anhänger der Minderheit stellten dann den Antrag, Gen. Vogt zuzulassen. Die Abstimmung per Applikation ergab keine einwandfreie Feststellung durch den Vorsitzenden. Die Forderung, eine korrekte Auszählung der Stimmen

vorzunehmen, wies der Vorsitzende darß zurück und gab Genossen Scheidemann einfach das Wort.

Diese Behandlung, die jede Demokratie, jede Rücksichtnahme auf einen wesentlichen Teil der Parteimitglieder vermessen ließ, mühten die Minderheitsanhänger als einen Schlag ins Gesicht empfinden. Sie, die seit Kriegsbeginn von den entragierten Mehrheitsanhängern mit allen Mitteln belächelt, unterdrückt und in ihren Rechten verungewaltigt werden, obstruieren nun, um so ihren elementaren Rechten in der Verammlung Geltung zu verschaffen. Die Obstruktion ist ein durchaus zulässiges, parlamentarisches und von der Sozialdemokratie des öftern angewandtes Mittel, wenn ein Teil der Verammlung, sei es auch nur eine Minorität, in ihren Grundrechten verungewaltigt werden soll. Anstatt dieses zu verheßen und dem berechtigten Verlangen der Minderheitsanhänger entgegenzukommen, fielen dann unter der Führung von Angelegten, wie Weingärtner und andere, eine Anzahl Mehrheitspolitiker über Mitglieder der Minderheit, im besonderen über wehrlose Frauen und Mädchen, her, sie schlagend, stoßend, tretend, zu Boden werfend, kurzum, in der brutalsten, rücksichtslosesten und schamlosesten Weise mißhandelnd und aus dem Saale entfernend. Diese Tat, die augenscheinlich wohlbedarft war, bleibt ein dauernder Schandfleck in der Geschichte des Frankfurter Sozialdemokratischen Vereins. Wir schämen uns, Mitglieder in der Sozialdemokratischen Partei zu wissen, die derartige Handlungen begehen, dazu obendrein gegen eigene Vereinsmitglieder. Wenn nach solchen Gewalttaten zu unserem tiefsten Bedauern ein Teil der Mitglieder aus dem Verein ausscheidet oder weiteren Verammlungen fernbleibt, um sich nicht der Gefahr von Mißhandlungen auszuleihen, so müßen die Mehrheitspolitiker diesen „Erfolg“ für sich buchen. Wir beneiden sie darum nicht. Wenn sie nach diesem ihrem Vorgehen eine zahlenmäßig schwächere Zahl von Minderheitsanhängern in den Vereinsversammlungen begrüßen — nicht zu verwechseln mit den Arbeitern außerhalb der Verammlungen, in deren Reihen die Minderheit dauernd an Voben gewinnt — so gleicht dieser „Erfolg“ der Mehrheitspolitiker ihrem billigen Triumph in der Scheidemann-Versammlung, die mit einer einmütigen Resolution für die Minderheit abschloß, nachdem man die Minderheitsanhänger in der gekennzeichneten Weise mißhandelt und gleich dem Genossen Vogtther aus dem Saale entfernt. Diese Tatsachen festzuhalten und Vorstehendes heute zum Ausdruck zu bringen, halten wir für unsere Pflicht.“

Die Vertreter der Wahlkreisorganisation für den Reichstagswahlkreis Bayreuth (Wagern) wählten als Delegierten zur Reichskonferenz einstimmig den auf dem Boden der Linken stehenden Parteisekretär Panzer.

### Totenliste der Partei.

Aus Bremerhaven wird gemeldet, daß der Sohn unseres alten Parteigenossen, des Firmenträgers der „Bremer Bürger-Zeitung“ und früheren bremischen Reichstagsabgeordneten J. D. Schmalefeld, Heinrich Schmalefeld auf dem Kriegsschauplatz gefallen ist. Der Verlorbene hat sich in reichem Maße das Vertrauen der Parteigenossenschaft an der Unterweiser erworben, die mit den Angehörigen den herben Verlust betrauert und ihm ein ehrendes Andenken bewahren wird.

## Aus Industrie und Handel.

### Zuckererwinne.

Der Zuckersachmann des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen schreibt über den Abschluß der Raffinerie Tangermünde, der größten Deutschlands, folgendes: Verarbeitet wurden im Betriebsjahre 1913/14 rund 4 500 000 Zentner Rohzucker, der Jahresgewinn betrug einschließlich eines Vortrages aus 1913 1 400 000 M., mithin 30 Pfennig auf den Zentner verarbeiteten Rohzuckers. Von dem Gewinn wurden folgende Rückstellungen vorgenommen: 150 000 M. freie Rücklage, 25 000 M. an den Arbeiter-Hilfschatz, 25 000 M. an den Beamten-Hilfschatz. Auf das Aktienkapital wurden 15 Prozent Gewinnanteil bezahlt, und nach Abzug der Anteilgebühr für den Aufsichtsrat 130 000 M. auf neue Rechnung vorgetragen. Das erste Kriegsjahr 1914/15 hatte folgendes Ergebnis: Verarbeitet wurden nur 2 800 000 Zentner Rohzucker, während der Reingewinn 3 126 500, mithin 1,11 Mark für einen Zentner Rohzucker, also fast das Vierfache des vorausgegangenen Friedensjahres betragen hat. Leider fehlt die (bei der Größe des Unternehmens) sicher sehr beträchtliche Summe für Abschreibungen. Die Verteilung des Reingewinns zeigt im Vergleich zum Vorjahre folgende stattliche Ziffern: Freie Rücklage zur Bildung einer Sonderrücklage für Gewinnsteuer 450 000 Mark und (vorsichtsweise!) für den gleichen Zweck „zur Auffüllung“ weitere 550 000 Mark. 20 Proz. Gewinnanteil gleich 1 480 000 Mark entfallen auf 7 400 000 alte und 30 Proz. Gewinnanteil gleich 600 000 M. auf 2 000 000 M. neue „Stammanteile“, 135 000 Mark erhält der Aufsichtsrat, 340 000 M. der Wohlfahrtsausschuß für Arbeiter und Beamte und 21 000 M. werden auf neue Rechnung vorgetragen. Der Jahresbericht begründet das günstige Ergebnis in der Hauptsache mit einer „sehr vorzüglichen Bestandsverwertung aus vorangegangener Zeit“. — Behörden und Oeffentlichkeit müssen aus diesem Geschäftsabchluß das Unberechtigte der geforderten Zuerpreis-erhöhung, dafür aber die Notwendigkeit einer Preisermäßigung folgern.

### Lederverjorgung.

Die Kontrollstelle für freigegebenes Leder in Berlin hat, wie die „Frankf. Ztg.“ hört, neue Bedingungen für die Abgabe von freigegebenem Schuhoberleder aufgestellt. Danach darf u. a. die Abgabe an Schuhfabriken und Schuhmachereibetriebe nur gegen Vorlegung der von der Kontrollstelle ausgestellten, nicht übertragbaren Lederkarte bis zu der darauf vermerkten Höchstmenge erfolgen. Schuhbetriebe können die von ihnen zur Verarbeitung im eigenen Betriebe benötigten Schuhoberleder in gleicher Weise wie Händler ohne Lederkarte beziehen. Bis zur endgültigen Festlegung der den Schuhfabriken zuzuteilenden Quote wird die Höchstmenge nach Maßgabe der zugeteilten Menge Bodenleder derartig bestimmt, daß für ein Kilogramm Bodenleder 10 Quadratfuß Oberleder zugeteilt werden. Den Schuhmachereibetrieben, die außer Verlöharbeiten auch neue Schuhwaren anfertigen, wird von der zuständigen Bezirkskommission eine Lederkarte bis zur Höchstmenge von 8 Quadratfuß für jedes zugeteilte Kilogramm Bodenleder ausgestellt. Schuhmachereibetrieben, die ausschließlich Verlöharbeiten oder Reparaturen vornehmen, ebenso Besohlenanstalten, wird kein Oberleder zugeteilt.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 24. Heft vom 2. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Reichskonferenz. Von Heinrich Strödel. — Wölin? Eine Antwort auf eine Frage. Von Ed. Bernheim. — Die Kriegskriegs- und die Sozialdemokratie. Von Emanuel Baum. — Ernährungsfragen. Von Dr. J. Jabel (Berlin). — Literarische Rundschau: Kriegsgegner in England. Von Dr. Robert. Dr. Leon Schulmann, Zur fälschlichen Agrarfrage. Von Sp. — Angelen: Dr. Hugo Lindemann, Ueber Begriff und Bedeutung der Kommunalwissenschaften. Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist soeben Nr. 16 des 26. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Pax Romana. — Die Kriegserwerbslosenfürsorge in Württemberg. Von R. — Rotgenietel: Aus dem öffentlichen Leben. — Für den Frieden. — Frauenarbeit. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 19. Nummer des 33. Jahrganges erschienen.

# Chronik des Weltkrieges.

15. September 1914.

**Westlicher Kriegsschauplatz:** Der auf dem rechten Flügel des Westheeres seit zwei Tagen stattfindende Kampf hat sich auf die nach Osten anschließenden Armeen bis nach Verdun heran ausgedehnt. An einigen Stellen des ausgedehnten Kampffeldes waren deutsche Teilerfolge zu verzeichnen. Im übrigen steht die Schlacht noch.

**Auf dem östlichen Kriegsschauplatz** ordnet sich die Armee von Hindenburg nach abgeschlossener Verfolgung.

Die über die Save eingebrochenen serbischen Kräfte wurden überall zurückgeschlagen. Exerziten und Banat sind von Feinden vollständig geläubert.

15. September 1915.

Ein französischer Angriffserfolg am Hartmannswiesertopf wurde durch Feuer unterbunden.

**Ostlicher Kriegsschauplatz:** Bei Danaburg wurde feindliche Kavallerie geworfen. Nordöstlich und nordwestlich von Wlma wurden feindliche Gegenangriffe abgewiesen. Bei Ostka, Grodno und südlich des Njemen wurden Fortschritte gemacht. 900 Gefangene wurden dabei eingebracht. Bei der Verfolgung auf Pinsk hat sich die Gefangenenzahl auf über 700 erhöht.

An der bessarabischen Grenze wurden russische Angriffe abgewiesen. An allen anderen Stellen der galizischen und wohnynischen Front kam es abermals zu schweren, für den Feind erfolglosen Kämpfen. Bei Dubno büßte er 800 Gefangene ein.

Ein Zeppelin belegte abermals die Küste Englands mit Bomben.

Nach einer amtlichen englischen Meldung bezifferten sich die englischen Verluste bis zum 21. August auf 381 983 Mann, davon 4665 Offiziere, 70 992 Mannschaften tot, 9973 Offiziere und 241 085 Mannschaften verwundet und 1501 Offiziere und 53 466 Mannschaften vermißt.

## Politische Uebersicht.

### Die nationalliberale Partei und die Reichstagsdebatte.

Die „National-Zeitung“ brachte gestern die Meldung, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der bevorstehenden Tagung des Reichstags zusammengetreten würde.

„Es handelt sich“, fuhr das Blatt fort, „vorwiegend um drei Fragen, zu denen Stellung genommen werden soll: Die erste Frage betrifft das Verhalten der Partei zum Problem der erweiterten Kriegsführung zur See. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion zu dieser Angelegenheit neuerdings Stellung nimmt und beabsichtigt, ihre Anschauungen nachdrücklich zu vertreten. Die zweite Angelegenheit, die behandelt werden soll, ist der Gedanke der Schaffung einer Art parlamentarischer Körperschaft, eine Idee, die unter dem Namen „Reichskriegsrat“ auch schon bisher wiederholt öffentlich erörtert wurde. Es handelt sich hier bekanntlich um den Plan einer Institution, die den Zweck verfolgte, einer Anzahl Parlamentarier und anderen in Betracht kommenden Persönlichkeiten die Möglichkeit zu bieten, in Dingen der auswärtigen Politik beratend mitzuwirken. Die dritte Angelegenheit endlich betrifft die auswärtige Politik überhaupt, und es dürfte bei den Fraktionsstimmungen zu kritischen Vorbesprechungen über dieses Thema kommen sowie auch zu einer Beschlusfassung, in welcher Form die nationalliberale Partei ihre Stellungnahme zu den verantwortlichen Beamten dieses Ressorts präzisieren soll.“

Zu dieser Mitteilung bemerkt man der nationalliberale „Deutsche Kurier“, es sei verfrüht, anzunehmen, daß die obige Meldung ein Aktionsprogramm der nationalliberalen Fraktion bedeute, auf das diese schon festgelegt sei oder sich festlegen sollte.

Soweit wir unterrichtet sind, tritt die nationalliberale Fraktion des Reichstages am 20. September in Berlin zusammen. Daß die Frage der auswärtigen Politik, sachlich und auch personell, dabei lebhaft erörtert werden dürfte, ist als sicher anzunehmen. Ebenso wird die Frage der Anwendung unserer Kampfmittel gegen England wohl von allen Fraktionen erneut geprüft werden. Zu der Frage eines Parlamentsauschusses liegen Äußerungen der Abgeordneten Prinz Carolath, v. Richthofen und Dr. Stresemann vor, die bisher in der Partei ohne Widerspruch geblieben sind und deshalb wohl nunmehr in eine parlamentarische Aktion ausmünden dürften. Im übrigen hat aber eine Festlegung der Fraktion nicht stattgefunden, und man wird ihre Beschlüsse abzuwarten haben.“

### Wassermann über England und Rußland.

Der nationalliberale Führer Ernst Wassermann hat in mehreren Provinzialblättern einen Artikel über die politische Lage veröffentlicht, dem wir nach dem „Reichsboten“ folgendes entnehmen:

„Als Rußland — schreibt Herr Wassermann — niedergeworfen war, haben wir von einem Ultimatum an Rumänien, welches die Entscheidung in unserem Sinne bringen konnte, abgesehen. Wir sind in unserer Politik noch immer von Grundgedanken der Ehre erfüllt und scheuen die Vergewaltigung. Dank und Erfolg haben wir nicht gekrönt, dies beweist das schamlose Vorgehen Rumäniens.“

„Wie heute die Kriegslage ist, erfüllt sie uns nach wie vor mit der besten Hoffnung auf den Endsieg, aber von Frieden heute zu reden, ist falscher als je zuvor, und kann nur den Eindruck erwecken, daß wir uns unsicher und wackrig fühlen. Am unrichtigsten scheint es mir, die Friedenshoffnungen auf Frankreich zu stellen. Frankreich hat furchtbar gelitten und ist doch bereit, den bitteren Reiz bis zur Reize zu leeren.“ Er sagt dann weiter, daß auch Rußland von England ausgewuchert wird und nicht von dem englischen Geldgeber los kann. Weiter heißt es: „Vollständig klar ist die Lage Englands gegenüber. England ist willens, diesen Krieg, und wenn er noch Jahre dauert, fortzuführen, das eine Ziel im Auge, Deutschland gegenwart und Zukunft zu vernichten und damit die englische Weltbeherrschung als künftig allein maßgebenden Faktor aufzurichten. Unterliegen die Zentralmächte, so wird gleichzeitig ein weißgeblutetes, vollständig erschöpftes Frankreich übrig bleiben, und Rußland wird, geschwächt und durch innere Schwierigkeiten aktionsunfähig gemacht, viele Jahrhunderte gebrauchen, um wieder ein Faktor der Weltpolitik zu werden, wenn es nicht, was noch wahrscheinlicher ist, dem Verfall entgegengeht.“

Herr Wassermann entwickelt dann weiter den Gedanken, der in so und so vielen „Entschliessungen“ nationalliberaler Konferenzen und in der nationalliberalen und konservativen

Presse breitgetreten worden ist: unerbittlichen Kampf gegen England, den „Hauptfeind“ Deutschlands jetzt und in alle Zukunft. Näher auf diesen abgedroschenen Gedankengang einzugehen, erübrigt sich an dieser Stelle. Einigermassen „originell“ ist indessen, was Herr Wassermann über den „Verfall“ Rußlands sagt.

Recht zutreffend bemerkt hierzu die „Frankf. Ztg.“:

„Diese Prophezeiung gilt, wohl gemerkt, für den Fall eines Sieges der Entente, der Rußland Konstantinopel brächte, Gebietsverweiterungen an seiner Westgrenze, wohl auch eine erhebliche Verstärkung seiner strategischen Stellung in Vorderasien. Eine Begründung für diese erstaunliche Voraussage glaubt Herr Wassermann wohl damit erbracht zu haben, daß er behauptet, England müdere Rußland aus, sehe sich in den Besitz wichtiger wirtschaftlicher Hilfsquellen Rußlands und verfolge diesem Reiche gegenüber die Politik, es zu seinem Vasallenstaat zu erniedrigen. Daß die englischen Lieferanten Rußland betouchern, läßt sich kaum bezweifeln, aber ein Vasallentum Rußlands, das sich daraus bilden sollte, das wäre das Zarenreich zum mindesten in gleichem Maß auch den Amerikanern und Japanern dienstbar machen. Die russische Politik wird aber, mit freundlichen oder anderen Mitteln, schon dafür sorgen, daß die neuen Gläubiger nicht gefährlicher werden, als es vor dem Kriege die Franzosen waren. Die wichtigsten Grundlagen der russischen Großmachstellung sind tatsächlich durch den Krieg nicht erschüttert. Die Bevölkerungsziffer wird zwar durch die Kriegsverluste und wohl auch durch die Völkerverdrängung einiger Gebiete eine augenblickliche Verringerung erfahren, die aber in wenigen Jahren eingeholt sein kann. Von den Hauptquellen seines Reichtums dürfte Rußland nicht eine verlieren. Die „inneren Schwierigkeiten“ aber, die nach Herrn Wassermanns Meinung Rußland für viele Jahrhunderte „aktionsunfähig“ machen werden, könnten das russische Reich sehr wohl recht erstarren lassen, wenn sie eine Beseitigung des bisherigen, in heillosen Korruption erstickenden Regimes zur Folge hätten. Herr Wassermann sagt leider nicht, welche Anzeichen des Verfalls er am russischen Reiche bemerkt hat. Selbst wenn es alle seine Fremdgebiete, die nicht schon von fester russischer Kolonisation durchdrungen sind, verlieren sollte, würde das russische Volk, zu dem man nach den Erfahrungen dieses Krieges außer den Großrussen auch den größten Teil der Kleinrussen und Weiskussen rechnen muß, das an Zahl stärkste europäische Volk bleiben, das sich auf die Dauer sicherlich nicht als Faktor der Weltpolitik ausschalten läßt. Wir stimmen mit Herrn Wassermann überein, wenn er erklärt, es sei „dringend zu wünschen, daß die deutsche Politik sich von jeder Illusion bezüglich Rußlands“ freimache, wir meinen aber, daß sich zu allererst die Politiker von Illusionen befreien sollten, die in so entscheidend erster Zeit den Wid trüben.“

### Krieg bis zur Niederzwingung Englands.

Eine Anzahl von Konservativen und nationalliberalen Politikern in Schleswig-Holstein, darunter der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Provinzialverbandes des Bundes der Landwirte in Schleswig-Holstein, Henneberg, das Herrenhausmitglied Graf v. Waldersee, Admiral v. Thomsen, Justizrat Döring, Kiel und der bekannte Kieler Oberlehrer Dr. Oberfehren, hat in den bürgerlichen Zeitungen Schleswig-Holsteins folgenden Aufruf veröffentlicht:

„Dritter Ernst ist die Stunde! Wohl bilden wir dankbar und stolz auf die Erfolge, die unsere Wehrmacht in einem zweijährigen Völkerringen ohnegleichen erzielt. Aber alle Erfolge können uns nicht den deutschen Frieden bringen, wenn sich nicht die Erkenntnis durchringt, daß Deutschlands Ehre und Größe von der baldigen Niederwerfung Englands abhängt. Eines hat der Krieg mit stets sich steigender Klarheit offenbart: England ist unser eigenster und gefährlichster Feind, England bedroht unser Dasein und unsere Zukunft! Einem solchen Feinde gegenüber wäre Schonung, Verständigung, Verrat am eigenen Volke. Darum gilt es zuerst, England mit allen uns gegebenen Kampf- und Machtmitteln zu Boden zu zwingen. Eher an Frieden zu denken, wäre töricht und gewissenlos zugleich.“ (z)

### Vertrauensfundgebung für Herrn Rapp.

Der in Königsberg zusammengetretene außerordentliche Generallandtag der Ostpreußen sandte an den früheren Generallandschaftsdirektor Rapp folgendes Telegramm:

„Der 53. außerordentliche Generallandtag gedenkt heute in Dankbarkeit seines alten Generallandschaftsdirektors und schickt ihm in treuer Verehrung herzlichsten Gruß.“

Der Generallandtag stimmte ferner der Pensionierung Rapps zu.

### Anständige Kampfweise.

An unserer Mittwochnummer wiesen wir auf einen unqualifizierbaren Angriff der „Albdeutschen Blätter“ gegen Prof. Veit Valentini hin, der sich durch seine vernichtende Kritik des Buches von Renentlow „Deutschlands auswärtige Politik von 1888 bis 1914“ den besonderen Haß der Albdeutschen zugezogen hat. Dieser Angriff, der bezeichnenderweise aus „Hochschulkreisen“, also von einem Berufskollegen Prof. Valentini stammte, gipfelte in der ziemlich durchsichtigen — Empfehlung an die Adresse der Militärbehörden, die Befreiung Prof. Valentini vom Garnisonsdienst zu beachten. Troßdem diese eigenartige Kampfweise sofort von der Presse gebührend gekennzeichnet wurde, übernimmt die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer gestrigen Abendnummer den Angriff der „Albdeutschen Blätter“, ohne hierzu auch nur ein Wort des Vorbehalts zu äußern. Für die Art des politischen Kampfes in der albdeutschen Presse eine bezeichnende Erscheinung.

### Badische Landtagssitzung.

Das führende Zentrumsorgan hält es für wahrscheinlich, aber noch unbestimmt, daß eine außerordentliche Tagung stattfindet. Die für 1916 bewilligten Kredite seien wohl erschöpft, es gäbe aber auch die Möglichkeit zu ihrer Beschaffung den Weg der Ausnutzung der Administrativkredite zu beschreiten. Wird das Blatt einsehen, daß es ein Fehler war, den Landtag zu schließen, statt zu vertagen?

### Bundesratsbeschlüsse.

In der Donnerstagsitzung des Bundesrats gelangten unter anderem zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung über Saatkartoffeln, der Entwurf einer Bekanntmachung über den Verkehr mit Weim, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die Abgabe von Weizen in Molkereien, der Entwurf einer Bekanntmachung über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahre 1916/17, der Entwurf von Vorschriften über das Verfahren zur Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete, ferner eine Änderung der Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Weim, sowie eine Änderung der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf.

## Das tägliche Brot.

### Handel mit Saatkartoffeln.

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung eine Verordnung betreffend Saatkartoffeln erlassen, die vorschreibt, daß die Ausfuhr von Saatkartoffeln der Genehmigung des Kommunalverbandes bedarf, aus dem die Kartoffeln ausgeführt werden sollen. Ferner sind die Bestimmungen der Bekanntmachung über die Festsetzung der Höchstpreise für Saatkartoffeln vom 13. Juli 1916 bis zum 15. Mai 1917 für Saatkartoffeln außer Ansatz gelassen. Das Ausführen von Saatkartoffeln ohne Genehmigung des Kommunalverbandes ist unter Strafe gestellt.

### Das Sammeln von Bucheckern.

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung weiter eine Verordnung über Bucheckern beschlossen, nach der alle gesammelten Bucheckern an den Kriegsaussschuß für pflanzliche und tierische Öle oder an die von ihnen bestimmten Stellen zu einem angemessenen Preise zu liefern sind. Um die Sammelstätigkeit in allen Kreisen der Bevölkerung anzuregen, sind nicht nur besondere Zuweisungen von Bucheckern zur Ölgewinnung den einzelnen Sammlern zugesichert, sondern auch die Landeszentralbehörden haben Anspruch auf etwa ein Viertel des Oels, das aus den aus ihren Gebieten abgelieferten Bucheckern gewonnen wird. Ein Verfüterungsverbot, das die Verordnung enthält, können die Landeszentralbehörden oder die von ihr zu bestimmenden Behörden in Ausnahmefällen aufheben. Soweit Eigentümer von Forsten oder die sonstigen Forstgenussberechtigten nicht bereit oder nicht in der Lage sind, die bei ihnen vorhandenen Bucheckern zu sammeln, kann die zuständige Behörde andere Personen gegen Vergütung hierzu ernächtigen.

Der Bundesrat hat ferner eine Verordnung über Buchweizen und Sirke, die die gleichnamige Verordnung vom 29. Juni 1916 (Reichsgesetzblatt S. 625) in einigen Punkten ergänzt, erlassen. Nach ihr dürfen Besitzer die ihnen belassene Menge Buchweizen nur auf Grund von Mahlkarten verarbeiten lassen. Ferner ist ein Druckfessler in der früheren Verordnung beseitigt; die in § 11 Abs. 1 der Verordnung angegebenen Höchstpreise gelten nicht für den Doppelzentner, sondern nur für 50 Kilogramm.

### Gegen den Kriegswucher.

Das Generalkommando des ersten bayerischen Armeekorps hat sich entschlossen, um den immer mehr überhand nehmenden Kriegswucher wirksam zu bekämpfen, den Vollzug der erlassenen Bestimmungen selbst in die Hand zu nehmen. Die Veranlassung dazu boten vor allem die günstigen Erfahrungen, welche das stellvertretende Generalkommando durch die strenge Anwendung der Bundesratsbekanntmachung auf dem Gebiete des Butter- und Käsehandels gemacht hat. Die Distriktsverwaltungsbehörden sind angewiesen, über jeden Fall von Kriegswucher oder sonstiger unlauterer Machenschaften in Verkehr mit Gegenständen des täglichen oder Kriegsbedarfs an das stellvertretende Generalkommando zu berichten. Dieses wird von den Bestimmungen rückwirkend Gebrauch machen. Die Bekanntmachung sieht zwar die Möglichkeit vor, nach Ablauf von drei Monaten nach der Unterfertigung die Wiederaufnahme des Betriebs zu gestatten. Doch darf in der Regel keiner der Betroffenen darauf rechnen, daß ihm die Wiederaufnahme des Betriebs nach Ablauf dieser Frist wieder gestattet wird. Die Unterfertigung wird, wie bisher, öffentlich in der Presse bekanntgemacht. Die zur Zeit der Unterfertigung vorhandenen Vorräte können vom stellvertretenden Generalkommando auf Grund des Artikels 4 Nr. 2 Kriegszustandsgesetz, dem Kommunalverband überwiesen werden.

## Aus Groß-Berlin.

### Um die Nahrungsmittelversorgung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beriet gestern den die Nahrungsmittelfrage betreffenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion. Die ganze Halbeheit der bisherigen Maßregeln der Regierung wurde von unserem Genossen Wurm beleuchtet. Wieviel zu tun noch übrig ist, zeigte er in einer wirkungsvollen Rede. Die Gemeinden seien nicht in der Lage, selber durchgreifende Maßregeln zu treffen. Wohl aber könne ihr Protest dazu beitragen, die Regierung zu einer Milderung ihrer Nahrungsmittelpolitik zu veranlassen. Scharf geißelte unser Redner die Kapitalisation des Kriegsernährungsamtes vor den „Januschauern“, wie man sie bei den Kartoffelbreiten jetzt erlebt hat. Er forderte eine wirksame Herabsetzung der Höchstpreise, eine hinreichende Sicherung der Zufuhr, eine gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel und eine planvolle Regelung der Produktion. Die Erwidrerung des Oberbürgermeisters Wermuth zählte auf, was Berlin bisher getan hat. Auch er ließ durchmerken, wie ohnmächtig die Gemeinden gegenüber Staat und Reich sind. Eine frohe Botschaft für die Bevölkerung Groß-Berlins war seine Mitteilung, daß eine beträchtliche Herabsetzung des Roggenbrotpreises beschlossen und auch die Fleischpreise teilweise ermäßigt werden sollen. Für den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion erklärten sich auch die beiden freisinnigen Fraktionen durch Stadtverordneten Cassel und Stadtverordneten Körte. Er wurde dann durch einstimmige Annahme zum Beschluß erhoben.

### Lebensmittelfragen.

In der gestrigen Sitzung des Arbeitsausschusses Groß-Berlins haben die Vertreter der beteiligten Stadtgemeinden übereinstimmend erklärt, daß ihre Gemeinden die von Reich und Staat hinsichtlich Festsetzung des Kleinhandels- und Einzelhandelspreises für die Winterkartoffeln gemachten Vorschläge annehmen, nach denen gegen Erhaltung von zwei Drittel der bestehenden Weizenlösen der Einzelhandelspreis auf 4,75 Mark für den Zentner und der Kleinhandelspreis auf 5,00 Pf. für das Pfund vom 1. Oktober ab festgesetzt werden soll.

Weiter hat der Arbeitsausschuß der Preisprüfungsstelle Groß-Berlins gestern der Verordnung über Eier auf Grund der Bundesratsverordnung vom 12. August und der dazu ergangenen preussischen Ausführungsanweisung zugestimmt. Es wird danach vom 1. Oktober ab eine Eierkarte eingeführt und ein Kundenverzeichnis aufgelegt werden. Außerdem wird eine erhebliche Beschränkung des Eierverbrauchs in den Gastwirtschaften, Bäckereien usw. eingeführt, dadurch, daß hinsichtlich der ersten die

Abgabe von Speisefleisch nur gegen Vorlegung der Eierkarte und Abtrennung des für die Woche gültigen Abschnitts zugelassen wird; hinsichtlich der letzteren dadurch, daß eine starke Kontingentierung in der Belieferung vorgeschrieben wird. Da zurzeit auf den Kopf der Bevölkerung in jeder Woche ein Ei entfällt, so darf auch in den Gastwirtschaften usw. auf jeden Kartenabschnitt nur ein Ei, sei es in der Schale, sei es in verarbeitetem Zustande abgegeben werden; natürlich nur, soweit das Ei der Hauptbestand der Speise ist und nicht nur als Zubereitung der anderen Speisen dient. Diese Bestimmung, daß bei der Beschaffung des Verbrauchs auf ein Ei auf den Kopf der Bevölkerung auch die Gastwirtschaften einbezogen werden müssen, ist auf ausdrücklichen Beschluß der Reichsbevollmächtigten für Eier zurückzuführen. Die Verordnung wird, sobald der Magistrat diesem Beschluß zugestimmt haben wird, bekannt gemacht werden.

Nach einer heute erlassenen Verordnung des Magistrats darf der Preis für ein Pfund Speisefleisch der Ernte 1916, gleichgültig, ob sie ausländischen oder inländischen Ursprungs sind, in Berlin im Kleinhandel von Sonnabend, den 18. September, ab sechs Pfennig nicht übersteigen.

### Unter der Herrschaft des Kleiderbezugscheins.

Was der Kleiderbezugschein dem Kleinhandel gebracht hat, erfährt man in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung kleiner Händler, die vom „Schuhverband der Detailisten und Gewerbetreibenden Groß-Berlin“ einberufen war. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit Bekanntgabe der polizeilichen Mitteilung, die Genehmigung werde erteilt unter der Bedingung, daß jede gehässige Kritik der Maßnahmen der Regierung unterbleibe.

Kaufmann Hermann Perle-Charlottenburg, der über „die Erfahrungen des Kleinhandels in Konfektion, Web-, Wirt- und Strickwaren unter der Herrschaft des Bezugscheins“ referierte, erklärte sich grundsätzlich einverstanden mit der Verordnung über die Web-, Wirt- und Strickwaren, die durch den Krieg notwendig geworden sei. Er beklagte aber, daß die Sicherstellung des Bedarfs der Bevölkerung durch die Maßregeln der Reichsbevollmächtigten nicht erreicht sei, und künfte daran eine Reihe von Vorschlägen. Die Befreiung der teureren Waren von der Bezugscheinpflicht habe dazu geführt, daß viele Waren eine starke Preissteigerung hatten und neu hergestellte Waren für die festgesetzten Höchstpreise nicht abgegeben wurden, damit sie nicht dem Bezugschein unterworfen waren. Entweder sei die Freiliste ganz zu beseitigen und die Bezugscheinpflicht auf alle Waren auszudehnen — die Versammlung begrüßte diese Forderung des Redners mit stürmischem Beifall — oder man solle die beizubehaltende Freiliste erweitern durch Freigabe auch der billigsten Waren zum Verkaufspreis bis 1 Mark. Zu unterlagen sei, daß Geschäftsleute ihre bezugscheinfreien Waren unter dieser Bezeichnung ankündigen und Bezugscheine in ihren Geschäften auslegen, um anderen Geschäftsleuten einen Wettbewerb zu machen. Als arge Erschwerung wird empfunden, daß man Waren nicht abgeben darf, ehe der Bezugschein von der Behörde abgestempelt ist. Die kleinen Geschäftsleute versprechen sich Gewinn, wenn gestattet wäre, von dem Käufer eine Anzahlung zu nehmen, die bei Verweigerung des Bezugscheins zurückgegeben würde. Wünschenswert ist auch, daß die Bureauszeit der Ausfertigung verlängert und auf die späteren Abendstunden sowie auf den Montag ausgedehnt werden, was für Käufer aus der minderbemittelten Bevölkerung eine Erleichterung wäre. Redner erklärte, nach jezt anderhalb Monaten der Herrschaft des Bezugscheins müsse man sagen, daß durch diese Maßregel eine so bedeutende „Stredung“ bewirkt worden sei, wie sie niemand beabsichtigt habe. Unter lebhafter Zustimmung der Versammelten versicherte er, die eingetretene Störung der Käufe sei zurückzuführen nicht auf Hamstern vor Beginn der Herrschaft des Bezugscheins, sondern auf Abneigung der Bevölkerung gegen den Bezugschein, auf Angst vor den Unbequemlichkeiten, ohne die man ihn sich nicht beschaffen könne.

In der Diskussion wurde die von dem Vortragenden gegebene Schilderung vervollständigt durch mehrere Kleinhändler, die über ihre persönlichen Erfahrungen berichteten. Einstimmig nahm dann die Versammlung eine Resolution an, in der die oben dargelegten Beschwerden und Abhilfsvorschläge zum Ausdruck gebracht sind. Gefordert wird in ihr auch, daß gegen den Kettenhandel der Großhändler strengere Maßregeln getroffen, die Ausfuhrbewilligungen für Textilwaren und Konfektion aufgehoben und die beschlagnahmten Woll- und Wirtwaren aus den besetzten Gebieten in den Handel gebracht werden, um den Marktpreis zu regulieren.

### Pflaumenhöchstpreise.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst teilt mit: Die Händler hatten seit Festsetzung des Höchstpreises mit dem Verkauf der Pflaumen zum Teil zurück, zum Teil fordern sie höhere Preise. Die zuständigen Behörden schreiben jetzt unmissverständlich ein. Zurückhaltungen werden mit der Entziehung der Erlaubnis zum Handel, Mehrforderungen mit Gefängnis und Geldstrafe geahndet. In gleicher Weise wird auch bei anderen Lebensmitteln und bei Futtermitteln verfahren. Dem laufenden Publikum wird empfohlen, jeden Verstoß zur polizeilichen Anzeige zu bringen; in kürzester Frist werden dann geordnete Zustände eintreten.

### Abmeldung der Verziehenden.

Vor dem bestehenden Umzug macht der Polizeipräsident von Berlin auf die Vorschriften der Meldepolizeiverordnung vom 11. Januar 1913 aufmerksam. Hiernach muß jeder Mieter beim Ausgehen einer Wohnung im Landespolizeibezirk dem zur Abmeldung verpflichteten Hauseigentümer oder Hausverwalter für sich und alle zu seinem Hausstande Gehörigen (Angehörige, Mieter, Schlafleute, Dienstmoten, Gesellen, Lehrlinge usw.) rechtzeitig vollständig und wahrheitsgemäß über alle bei der Um- oder Abmeldung zu beantwortenden Fragen Auskunft geben. Die gleiche Verpflichtung liegt Mieter, Schlafleuten usw. ihrem Wohnungsgeber gegenüber ob.

### Verlängerung der Ablieferungsfrist für Fahrradbereifungen.

Das Oberkommando in den Marken macht bekannt, daß die Frist zur freiwilligen Ablieferung der Fahrradbereifungen gegen Bezahlung bis zum 1. Oktober 1916 verlängert ist. Die bis dahin nicht freiwillig abgelieferten Fahrradbereifungen sind bis zum 15. Oktober 1916 an die zuständigen Ortsbehörden zu melden, von welchen amtliche Meldebescheine einzufordern sind.

Die freireligiöse Gemeinde veranstaltet am Sonntag, den 17. und Sonntag, den 24. September, vormittags 11 Uhr, im Berliner Stadthaus ihre Jugendwoche. Am 17. wird Ernst Dämmig die Festrede über das Thema „Die Vorkämpfer einer neuen Zeit“ halten, am 24. Dr. Bruno Wille über „Die Bedeutung der religiösen Weltanschauung“ reden.

Eintrittskarten zu den Jugendwochen werden nur im Vorverkauf ausgegeben und sind bei den im Inseratenteil dieser Nummer näher bezeichneten Stellen zu haben.

Die Volkshochschule Varnaldstraße muß wegen Vornahme dringender baulicher Veränderungen vom 18. bis einschließlich 24. d. M. geschlossen werden.

**Angetretener Bankkassierer.** Unterschlagungen in Höhe von 100 000 M. hat sich der bei einem Berliner Bankgeschäft angestellte 40jährige Kaufmann Karl Wendt aus Berlin zu schulden kommen lassen. W., der seit mehreren Jahren bei der Firma tätig war, betraute den Posten eines Kassierers und genoss das volle Vertrauen seiner Vorgesetzten. Dieses Vertrauen hat er jedoch in schändlicher Weise mißbraucht, indem er große Unterschlagungen beging, die er durch falsche Buchungen zu verdecken suchte. 30 000 M. unterschlagen zu haben, hat er zugegeben und will das Geld teils bei Bekannten auf Kassenplätzen, teils bei Börsenpekulationen bis auf den letzten Pfennig verloren haben. Die geschädigte Firma ist jedoch der Überzeugung, daß der Kassierer einen großen Teil des Geldes — es handelt sich sicher um mehr als das Dreifache der von W. zugegebenen Summe — beiseite gebracht und wahrscheinlich bei auswärtigen Banken auf den Namen von Verwandten oder bekannter Damen eingezahlt hat. Er hat im letzten halben Jahre wiederholt Reisen nach Halberstadt, Dresden, Chemnitz, Magdeburg und Thale a. Harz unternommen und es wird vermutet, daß er diese Reisen dazu benutzte, einen Teil des unterschlagenen Geldes in Sicherheit zu bringen. Diese Vermutung wird durch Mitteilungen Wendts an seine Frau von diesen Reisen unterstützt. Die geschädigte Bank hat auf die Wiedererlangung des Geldes oder eines Teiles eine Belohnung in Höhe von 10 Proz. ausgesetzt.

**Kleine Nachrichten.** Erdrosselt aufgefunden wurde gestern früh im Humboldthain ein neugeborener Knabe. Eine Frau, die dort mit dem Auslesen von Papier beschäftigt war, sah in einem Gebüsch in der Nähe der Verlängerung der Grenzstraße ein Paket liegen und fand darin eine Kindesleiche. Sie übergab den graugrünen Fund der Revierpolizei und diese stellte fest, daß das Kind, ein neugeborener Knabe, mit einer Schnur, die es noch um den Hals trug, erdrosselt worden ist. Die Leiche war eingewickelt in ein Stück eines alten Hemdes oder einer alten Schürze und in ein Blatt Zeitungspapier vom 6. April d. J. — In der Kleidung seines Arbeitgebers verhaftet wurde der Delator Karl Minneberg, über dessen Festnahme durch die Neulöchner Kriminalpolizei wir schon berichteten. Die Ermittlungen gegen diesen 32 Jahre alten Mann, der wegen Diebstahls auch schon mit Zuchthaus bestraft ist, ergaben, daß er noch viel mehr auf dem Kerbholz hat, als man zunächst wußte. So hat Minneberg einer Herrschaft am Kaiserdam, bei der er im Auftrage seines Arbeitgebers beschäftigt war, für 2500 M. Brillantringe, Wäsche und dergleichen gestohlen. An einer anderen Stelle erbeutete er 810 M. aus einem erbrochenen Schreibtisch. Seinem letzten Arbeitgeber in Charlottenburg stahl er u. a. einen feinen blauen Anzug mit Hut und gelben Schnürschuhen. Diesen Anzug trug er, als die Kriminalpolizei ihn erwischt. — Von einem Eisenbahnzuge überfahren und getötet wurde der Bahnarbeiter Wilhelm Ewert aus Eberswalde, der auf dem dortigen Bahnhof beschäftigt war. Als E. den Bahnkörper abschnitt, überfuhr er das Gerannahen eines Personenzuges. Er wurde von der Lokomotive erfasst und umgeschieden und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald nach seiner Aufnahme in das Auguste-Viktoria-Haus starb. — Schwer verunglückt ist am Mittwochnachmittag der Invalide Adolf Otto. Vor dem Hause Potsdamer Straße 71 verlor er D. gegen 1/3 Uhr nachmittags vor einem in der Richtung nach Schöneberg fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 24 das Gleichgewicht zu überfahren. Er hatte jedoch die Entfernung übersehen und wurde von dem Triebwagen umgestoßen. Bei dem Sturz erlitt er einen Schädelbruch und mußte, nachdem er im nahen Elisabeth-Krankenhaus einen Notverband erhalten hatte, nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus gebracht werden.

Das Ensemble des Zirkus Busch ist heute früh mit Extrazug von Hamburg kommend auf dem Lehrter Bahnhof eingetroffen, nachdem noch gestern Donnerstagabend in Hamburg die Abschiedsvorstellung gegeben worden war. Morgen Sonnabendabend findet bereits in dem den Groß-Berlinern so wohl vertrauten Zirkus am Bahnhof Börse die Eröffnungsvorstellung statt.

## Aus den Gemeinden.

### Zur Kreisgeneralversammlung in Teltow-Beeskow.

Vom Genossen Franz Kräger, einem Vorstandsmitglied des zur Fraktionsmehrheit haltenden alten Köpenicker Wahlvereins, werden wir um Aufnahme nachstehender Verächtigung ersucht:

1. Es ist un wahr, daß der Wahlverein Köpenick offiziell mit dem neuen Kreisvorstand Oberlein-Brasell in Verbindung getreten ist und mit ihm abrechnet. Wahr ist dagegen, daß der Wahlverein Köpenick offiziell nach wie vor mit dem alten Kreisvorstand Kurov, Groger und Bagels in Verbindung steht und mit ihm abrechnet, und daß lediglich ein Bezirkskassierer des Wahlvereins Köpenick rechtswidrig mit dem neuen Kreisvorstand abrechnet hat.

2. Es ist un wahr, daß die Orte, welche sich auf die Seite des früheren Vorstandes gestellt haben, wenige oder gar keine Mitglieder mehr haben, und daß nur die drei Vereine Teltow, Jossen und Ketschendorf mit mehr als 70 Mitgliedern hinter dem alten Kreisvorstand stehen. Wahr ist dagegen, daß der Wahlverein Köpenick, nachdem 80—100 Anhänger der Opposition und des neuen Kreisvorstandes ausgeschieden sind und eine neue Sonderorganisation gebildet haben, nach den neuesten Feststellungen noch über 400 zahlende Mitglieder zählt, die nach ihren abgegebenen Erklärungen auf dem Voden der alten Kreisorganisation und hinter dem alten Kreisvorstand stehen.

Franz Kräger.

### Zur Stadtverordneten-Erhaltwahl in Spandau.

Durch den Wegzug des Kaufmanns Karl Thomas ist das Stadtverordnetenmandat der dritten Abteilung im 6. Wahlbezirk freigeworden. Der Bezirk umfaßt Lutherplatz, Lutherstraße, Kurstraße, Jagowstraße, Scharstraße, Elisabethstraße und Hedwigstraße. Der Sozialdemokratische Wahlverein hat den ehemaligen Stadtverordneten Friedrich Böge als Kandidat aufgestellt. Die Wahl findet Montag, den 18. September d. J., vormittags von 10—11 Uhr und nachmittags von 5—8 Uhr im Restaurant Schuster, Scharstr. 2a, statt. Jeder Wähler muß sich durch seinen Steuerzettel ausweisen.

### Verkauf lebender Kaninchen in Neutölln.

Die Stadt Neutölln bringt heute nachmittags von 4—6 Uhr auf dem Eisenerbsgrundstück, Mittelbuschweg 26/27, einen weiteren Posten lebender Kaninchen zum Preise von 2—8 M. je Stück zum Verkauf. Da die Tiere nur an Neutöllner Einwohner abgegeben werden, so ist die Steuerkarte als Ausweis vorzulegen.

### Vorzugskarten in Steglitz.

Auf dem Gebiet der Fürsorgetätigkeit hat die Gemeinde endlich, vielfach gewünshten, berechtigten Wünschen entsprechend, einen dankenswerten Fortschritt vollzogen. Es sollen nämlich von jezt ab an schwangere Frauen sogenannte Passiercheine herausgegeben werden, zufolge welcher die Inhaber bei dem Einkauf der von der Gemeinde verteilten Waren an dem Tage, an welchem ihre Nummer aufgerufen ist, außer der Reihe abgefertigt werden können. Das gleiche gilt auch für den Einkauf von Fleisch, Mehl und allen sonstigen Lebensmitteln. Die Passiercheine werden von der Lebensmittelabteilung, Schloßstr. 25, Seitenflügel 2 Treppen links, ausgegeben und sind dem betreffenden Händler, wie auf dem die Aufsicht führenden Beamten beim jedesmaligen Einkauf ohne Aufforderung vorzulegen.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Marieufelde. Sonnabend, den 16. September, nachm. 6 Uhr, im Schulhaus, Dorfstr. 53. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Soziales.

### Künstler oder Handwerker?

Ricola Vercheid ist einer der wenigen Berufsphotographen, welche nur Arbeiten von künstlerischer Qualität anfertigen. Er will deshalb auch als Künstler gelten und nicht als Gewerbetreibender angesehen werden. Diesen Standpunkt vertrat Vercheid als Vorkämpfer vor dem Gewerbegericht. Er führte aus, die Zwangsbindung der Photographen beanspruche ihn als Mitglied, er habe auch seine Innungsbeiträge zahlen müssen, sähe aber seit Jahr und Tag einen Rechtsstreit, um von der Zwangsbindung loszukommen. Als Künstler sei er nicht verpflichtet, der Innung anzugehören. Von der österreichischen Regierung und von der Regierung eines deutschen Kleinstaates sei ihm der Titel „Professor“ verliehen, von dem er aber, um Streitigkeiten zu vermeiden, keinen Gebrauch mache, da es nach den für Preußen geltenden Bestimmungen nicht zulässig sei, daß ein Gewerbetreibender den Professortitel führe.

Wenn Vercheid Künstler ist, dann würde das Gewerbegericht für ihn nicht zuständig sein. Das Gewerbegericht prüfte aber die Frage, Künstler oder Handwerker, nicht, sondern erklärte sich für unzuständig, weil Vercheid gegenwärtig Mitglied der Innung und deshalb das Innungsschiedsgericht für ihn zuständig ist.

## Berichtszeitung.

### Bei den Preußen!

Eine unverständliche Ungebührstrafe verhängte die 132. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte:

Drei jugendliche Arbeiter waren wegen leichter Körperverletzung angeklagt. Der dritte Angeklagte schloß. Als der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat von Tredow, den ersten Angeklagten, den 16-jährigen Arbeiter Wilhelm Göbel fragte, wo der dritte Angeklagte sei, antwortete er ruhig: „Bei den Preußen.“ Das ist eine bekannte Berliner Redensart. Er wollte damit nur sagen, der dritte Angeklagte sei zum Militär eingezogen. Darauf erhob sich der Staatsanwalt und beantragte, den jungen Mann wegen Ungebühr vor Gericht zu einer sofortigen Haftstrafe von drei Tagen zu verurteilen. Die Mutter des Angeklagten, die im Zuschauerraum saß, hat unter Tränen flehentlich, von der Strafe Abstand zu nehmen, ihr Sohn sei ein durchaus guter, harmloser, ordentlicher und fleißiger Mensch, der sie von seinem Verdienst nach Möglichkeit unterstütze, zumal der Mann schon seit Ausbruch des Krieges im Felde sei. Der Vorsitzende bemerkte der Frau: „Erziehen Sie Ihren Sohn besser, daß er nicht solche Redensarten gebraucht.“

Das Gericht beschloß den Termin zu verlagern und den Arbeiter Wilhelm Göbel sofort auf drei Tage in Haft abzuführen.

Ein solcher Beschluß wäre kaum möglich gewesen, wenn die Sprache der einfachen Bevölkerung dem Gericht nicht weltfremd wäre.

### Brotwucher.

Eine gerechte Strafe verhängte das Schöffengericht Berlin-Mitte gestern über die Backwarenhändlerin Steier aus der Reindendorfer Straße. Das Gericht hielt die Angeklagte für überführt, in einigen Fällen an Frauen Brot ohne Brotkarte abgegeben und für solches Brot statt der vorgeschriebenen 78 Pf. einen Preis von 1,50 M. gefordert und erhalten zu haben. Die Angeklagte behauptete, daß sie den Uberschuß als Pfand zurückbehalten und die betreffenden Kundinnen verpflichtet habe, gegen Rückerstattung des Mehrbetrages die Brotkarten nachzuliefern. Das Gericht hielt diesen Einwand für widerlegt und verurteilte die Angeklagte zu 1000 M. Geldstrafe.

### Kaspiel-Schokolade.

Der Kaufmann Willi Müller betreibt unter der Firma W. J. G. Müller in Gemeinschaft mit einem Kaufmann Leidert ein Geschäft, dessen Erträgnisse unter beiden geteilt werden. Die Firma hatte einen Posten Kaspiel-Schokolade zum Preise von 185 Mark für den Zentner eingekauft und der Angeklagte hatte davon 12 Zentner an den Kaufmann Jonny Kön verkauft und dafür einen Verkaufspreis von 220 Mark pro Zentner angerechnet. Der Staatsanwalt hielt dies für eine übermäßige Preissteigerung. Das bestritt der Angeklagte, indem er nach der zeitlichen Marktlage, seinen Unkosten, seinen notwendigen Verdienst und seinen Verlusten bei anderen Artikeln nachzuweisen sich bemühte, daß der Preis ein berechtigter gewesen. Das Schöffengericht Berlin-Mitte folgte ihm darin nicht. Es rechnete aus, daß die Spannung zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis 19 Prozent betrage. Selbst wenn man Aufwendungen auf die Ware, die der Angeklagte eigentlich gar nicht gehabt habe, mit 5 Proz. in Anschlag bringe, so bliebe noch ein Nutzen von 14 Proz. bar, der bei der jetzigen Lage als übermäßig hoch anzusprechen sei. Auf einen eventuellen Schaden bei anderen Geschäften könne nach den bekannten Grundätzen der Gerichte Rücksicht nicht genommen werden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1000 Mark Geldstrafe eventuell 100 Tagen Gefängnis.

## Parteiveranstaltungen.

**Wahlverein Schöneberg.** Sonntag, 17. September, findet ein Ausflug der Genossinnen nach dem „Alten Freund“ auf Bismarckwerder statt. Treffpunkt 12 Uhr Bahnhof Oberspree. Die Genossinnen mit Familie werden um zahlreiche Beteiligung ersucht.

**Montag, den 18. September, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr: Gemeinsamer Lesabend im Schwarzen Adler, Hauptstr. 144. Vortrag der Genossin Remig. Charlottenburg über Massenpeinungen. Regere Beteiligung aller Genossinnen ist notwendig.**

**Marieufelde.** Sonnabend, den 16. September, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr: Mitgliederversammlung bei Schuster, Kirchstr. 68.

## Jugendveranstaltungen.

**Schöneberg.** Arbeiter-Jugend. Sonnabend-Sonntag: Nachtfahrt nach dem Berke. Treffpunkt Sonnabendabend 10 Uhr Bahnhof Schöneberg. Fahrgehalt 80 Pf. Für Nachzügler Treffpunkt Sonntag früh 6 Uhr. Fahrgehalt 1 M.

**Dienstag: Spielen auf dem Platz.**

**Mittwoch: Les- und Vespersabende.**

**Schöneberg.** Jugend-Bildungsverein. Sonntag, den 17. September: Zwei Nachfahrten. Rad- und Fahrrad nach Reichsbrücke-Saarumund—Eisenenerbsgrundstück. Kosten 85 Pf. Treffen Kaiser-Wilhelm-Platz Sonnabendabend 8 Uhr. — Jungensfahrt nach der Märkischen Schweiz. Kosten 2,50 M. Treffen der ersten Gruppe Sonnabend 7<sup>1/2</sup> Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz; zweite Gruppe Sonnabend 7<sup>1/2</sup> Uhr am selben Platz.

**Montag: Diskussionsabend im Wilmersdorfer Jugendheim, Rammheimers Straße. Mittwoch: Spielen im Lokal.**

**Wilmersdorf.** Arbeiter-Jugend. 16. u. 17. September: Wanderfahrt nach Sudow—Dahmsdorf—Rantheberg. Treffpunkt 10 Uhr im Helm. Abf. 12.30 Uhr. Kosten 2,50 M.

**Buchereinstellung.** Montag: Diskussionsabend. Dienstag: Volkstanzabend. Mittwoch: Musikabend. Donnerstag: Feldpost- und Lesabend. Freitag: Lieberabend. Sonnabend: Spielaabend.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag.** Kl. kl., zeitweise anflarend, jedoch unbeständig. Deutlich der Oberster wiederholt, besonders im Küstengebiet ziemlich stark, weiter westlich mehr vereinzelte geringe Regenschauer.

# Stadtverordnetenversammlung.

19. Sitzung vom Donnerstag, den 14. September 1916, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher **Wichel** eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Stadt. Dr. Alfred Bernstein (Soz.) am 10. d. M. sein Mandat niedergelegt hat.

In die Grundbesitzdeputation ist für den verstorbenen Stadt. Salinger (Linke) Ersatz zu wählen. Durch Juraß wird Stadt. Stadhagen (Soz.) gewählt.

Die Versammlung tritt in die vor 14 Tagen vertagte Beratung des Antrages der Sozialdemokratischen Fraktion:

Den Magistrat zu ersuchen, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Versorgung Berlins mit Nahrungsmitteln während der Wintermonate sicherzustellen und beim Kriegsernährungsamt zu beantragen, daß die viel zu hohen Höchstpreise für Kartoffeln, Brotgetreide, Fleisch und Fett unter Sicherstellung der Zufuhr möglichst herabgesetzt werden.

Stadt. Wurm (Soz.): Die betrübenden Erfahrungen, die nicht allein Berlin, sondern wohl alle Gemeinden städtischer Art in der Nahrungsmittelversorgung gemacht haben, erwecken in uns die nur zu berechtigende Hoffnung, daß wir auch in diesem Winter großen Schwierigkeiten entgegengehen. Wir wissen alle, die wir ja jetzt seit Beginn dieses unseligen Krieges oft genug mit diesen Fragen befaßt waren, daß die Gemeinden nur Objekte der Gesetzgebung sind, daß sie machtlos den Faktoren gegenüber stehen, die durch den Reichstag am 4. August 1914 sämtliche Nachbefugnisse in dieser Beziehung erhalten haben. Nicht einmal genügende Rechte und Mittel besitzen die Gemeinden, um als Vollzugsorgane zu wirken. Nun ist ja, nachdem unter Vorwand der Bundesrat die Versorgung direkt geleitet hat, seit Juni eine neue verantwortliche Stelle geschaffen; vom Reichstag ist der Vollzug der Versorgung dem Reichsanwalt übertragen worden, und dieser hat sie auf das Kriegsernährungsamt delegiert, an dessen Spitze der „Diktator“ v. Batocki steht. Aber ein Wechsel des Systems ist leider nicht eingetreten, es ist nach wie vor das bankrott gewordene System maßgebend, das nicht durch eine Regelung der Produktion, nicht durch Zwang auf Viehzucht, die Gemeinden versorgt werden, sondern daß der Erzeuger, der Landwirt, einen Anreiz zur Produktion und Lieferung bekommt — durch hohe Preise. Wir alle wissen, wohin das geführt hat. Die hohen Preise dienen nur dazu, die Ware vom Markt fernzuhalten, weil die Landwirte in der Lage sind, zu „ahnen“, daß die hohen Preise noch höher werden. Die Ware verschwindet vom Markt, Beschlagnahme gibt es nicht; die Höchstpreise wurden eine Schraube ohne Ende. Nun scheint es ja, als ob dieses System Herrn v. Batocki selbst unbrauchbar erscheint; jedenfalls konnte man einen Passus in seinem Aufruf vom 25. August an die Landwirte so deuten; am 20. August erklärte der Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer, die Teuerung sei zwar nicht zu leugnen, aber die Vorschläge zu ihrer Verringerung seien unausführbar; dem Erzeuger müsse unter allen Umständen ein lohnender Verdienst gelassen werden. Was ein solcher ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Herr v. Batocki hält dafür, daß die Preise schon jetzt vielfach unerschwinglich geworden sind (Hört! Hört!) — ein Wort, das wir vollständig unterschreiben. Nun hat derselbe Präsident am 1. August eine Verfügung erlassen, in der eine Senkung der Preise in Aussicht gestellt wird, und auch der Senat hat am 10. August in einer Zuschrift an die Parteileitung auf einen „allmählichen Abbau in absehbarer Zeit“ Bezug genommen. An Versprechungen hat es also von maßgebender Stelle nicht gefehlt, aber die Tat steht damit in sonderbarem Widerspruch, denn bei einem der wichtigsten Nahrungsmittel, bei der Kartoffel, sind die abzubauenden Preise in letzter Zeit noch erhöht worden. Undeurechtbar sind die Produktionskosten der Landwirtschaft gestiegen, aber nie ist von einer verantwortlichen Stelle der ziffermäßige Beweis dafür erbracht worden, daß sie 70 bis 100 Proz. ausmachen. Umgekehrt ergeben wir aus dem Steigen der Käufungen für Landgüter, daß die Pächter bei drei- bis viermal so hohem Gebot auch die hohen Preise in Rechnung stellen und sich herozwingen, daß damit ein gutes Geschäft zu machen sei. Höchstpreise, die eine solche Verteuerung der Lebenshaltung hervorgerufen, sind auf die Dauer unerträglich und für die große Masse unerschwinglich. Der Kölner Stadtrat Ahenauer hat, ohne bisher widerlegt zu werden, öffentlich dargelegt, daß aus dem Morgen Land der Wehrerlös infolge der 30-jährigen Höchstpreise beträgt bei Roggen 27—30 M., bei Weizen 30—35 M., bei Gerste 71—77 M., bei Hafer 71—82 M., bei Kartoffeln 100 M. (Hört! Hört!) Man hat berechnet, daß die Verteuerung der sechs notwendigen Lebensmittel während der beiden Kriegsjahre bereits 20 Milliarden Mark beträgt. Wer kann uns beweisen, daß die Produktionskosten wirklich in dem Verhältnis der so hochgetriebenen Preise gestiegen sind, noch dazu in einem so guten Erntejahr wie diesem? Die erste Tat des Kriegsernährungsamts war die Festlegung der Kartoffelpreise. An dem Frühkartoffelpreis von 10 M. war es unschuldig, dieser stammte schon aus dem März; aber diese viel zu hohe Festsetzung setzte es nur in einer Weise herunter, die mit dem Fehler befaßt war, daß vorher mitgeteilt wurde, wie sich alle vierzehntägige der Preis stellen würde, und den Preisabbau viel zu langsam und zu gering erfolgen ließ. Noch schlimmer aber war, daß der Winterpreis, voriges Jahr 2,75 M., diesmal mit 4 M. normiert wurde, ein Preis, der sich von Mitte Februar ab für den Zentner beim Erzeuger auf 5 M. erhöht! Diese Verteuerung der Kartoffel bedeutet für die Zeit bis 15. Februar für 3½ Millionen in Groß-Berlin, ein Pfund pro Kopf und Tag gerechnet, 6 Millionen Mark (Hört! Hört!), für alle Gemeinden über 2000 Einwohner sogar 60 Millionen, die der Landwirtschaft zuzuliegen. Das Kriegsernährungsamt sagt, solche Heraussetzung sei notwendig, weil sonst die Kartoffeln verfaulen würden. Das ist richtig; aber gibt es denn für eine Staatsregierung gar keine Mittel, das von unserer reichen Kartoffelernte für die menschliche Ernährung nötige Viertel oder höchstens Drittel sicherzustellen, ist es durchaus unmöglich, den Bedarf der Städte durch Beschlagnahme oder Enteignung zu sichern? Bei ähnlicher Veranlassung mühten wir hier im März darauf hinzuweisen, daß, als damals die Regierung nur andeutete, daß sie ernsthafter als bisher mit Beschlagnahme vorgehen würde, einer der wirklichen Führer, Herr v. Oldenburg-Januschau, sagte: Laßt euch nicht bange machen, das steht auf dem Papier, Papier ist geduldig, und Herr v. Schorlemer ist unser Vertrauensmann! Die Regierung unter Vorwand kapitalisierte vor den Januschauern, und dieselbe Kapitulation hat das R. G. A. genau so vollzogen, nur daß eine noch weit schlimmere Methode eingeführt wurde.

Nun hat den Grundpreis von 4 bzw. 5 M. festgelegt, da man aber doch wohl hoffte, daß auf diese Weise für den Kleinhandel und für die Konsumenten namentlich in den Großstädten zu hohe Preise herauskommen, greift man zu einem neuen Mittel, indem vorgeschrieben wird, der Preis von 4,75 M. für den Großhandel und 5,50 M. für den Kleinhandel dürfe nicht überschritten werden. Wir haben nun in der Nahrungsmitteldeputation feststellen müssen, daß wir hier in Berlin für diese Preise nicht liefern können. Andere größere Städte befinden sich in derselben Lage. Die Kosten für Anfuhr, für Lagerung, für Personal, für Säden usw. bringen den Preis auf 5,25 und 6.— M., also 50 Pf. mehr, als das Kriegsernährungsamt dekretierte. Welcher Rechnungsmittel hat sich da verrechnet oder welche unzureichend informierte Stelle hat diese Aufstellung gemacht? Da man sehen muß, daß es nicht möglich ist, höhere Preise von der Gemeinde zu erzwingen, kommt man nun mit einer neuen Methode, die ich für absolut unzulässig halte: man will diese 50 Pf. decken auf einem Drittel durch das Reich, zu einem Drittel durch den Staat und zu einem Drittel durch die Gemeinde. Also: dem Publikum wird die Kartoffel verbilligt, der Agrarier bekommt den viel zu hohen Höchstpreis, und die Differenz wird schließlich aus der Kasse der Steuerzahler bestritten — dem Landwirt muß seine Liebesgabe werden.

Dieses Drittel, das die Gemeindefasse bis zum 15. Februar zu ziehen muß, beträgt allein für Berlin ½ Million. Nach dem 15. Februar aber, wo die Erhöhung auf 5 M. eintritt, erhöht sich, da dann Reich und Staat keinen Zuschuß mehr geben, der Kartoffelpreis von 5½ auf 7 Pf. Damit ist eine große Unstimmigkeit in der Kartoffelversorgung gegeben, indem ja diejenigen, welche sich vorverkauft haben, den Zentner für 4,75 M. bis zum Keller geliefert bekommen. Werden schon Zuschüsse gegeben, dann müssen sie auch allen Bevölkerungsschichten gleichmäßig gegeben werden, und zwar auch über den 15. Februar hinaus. Grundfalsch aber müssen wir uns auf entschieden gegen eine solche Preispolitik erklären. Der Magistrat muß das R. G. A. darauf aufmerksam machen, daß andere Wege eingeschlagen werden müssen. — Auch beim Brot haben wir über zu hohe Preise zu klagen. Wenn die Verteuerung auch nur 25 Proz. gegenüber dem Durchschnittspreis der letzten zehn Friedensjahre beträgt, so ist er jedoch ganz ungerechtfertigt und kann schon deswegen herabgesetzt werden, weil die Kornrente diesmal mindestens ein Sechstel besser ist als im Vorjahre. Andererseits müssen wir auch eine Erhöhung der Brotaktion verlangen. Wenn wirklich durch die ausführenden Regierungsgorgane im Lande darauf geachtet wird, daß nicht Roggen verfüttert wird, daß nicht durch die viel zu hohen Viehpreise ein direkter Anreiz gegeben wird, Roggen zu verfüttern, so steht uns auch für die menschliche Ernährung mehr Roggen als bisher zur Verfügung. Eine durch das R. G. A. verbreitete Nachricht stellte in Aussicht, daß Aufschüsse für Jugendliche und Schwerarbeiter gewährt werden sollen. Die Nation für die Jugendlichen muß aber dann von 300 auf 500 Gramm erhöht, und es muß der Begriff Schwerarbeiter weitergefaßt werden. Er darf sich nicht bloß auf die beziehen, die körperlich schwere Arbeit verrichten. In der Anrede des Begriffs muß so vorgegangen werden, wie es die Berliner Brotkommissionen bereits getan haben, es müssen die Personen berücksichtigt werden, die tagsüber außerhalb der Wohnung beschäftigt sind, die während der Stunden von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens tätig sein müssen oder Nachschichten zu leisten haben. Die Altersgrenze für die Jugendlichen muß bis zu 21 Jahren gezogen werden. Von der Reichsgetreidestelle belamen wir schon einmal eine unangenehme Ermahnung im offenen Parlament, weil Berlin mit seinen Aufschüssen zu verschwenderisch umgehe; damit sich das nicht wiederholt, müssen wir verlangen, daß unsere begüßliche Aufstellung nachgeprüft und gutgeheißen wird. Wir müssen ferner bitten, daß uns besseres Mehl, daß uns nicht dumpfes Mehl gegeben wird (Sehr richtig!), man muß sich das Brot oft geradezu herunterreißen. Daran sind nicht die Väter, daran ist auch nicht die Stadt schuld, auch nicht die Reichsgetreidestelle, die Schuld liegt im System. Diejenigen Gemeinden, welche mehr Getreide produzieren als verbrauchen, die Leberchuhverbände, sind nicht an die Reichsgetreidestelle angeschlossen, sondern brauchen nur den Leberchuh abzuliefern. Die Leberchuhverbände müssen aufgelöst werden, und auch ihre Versorgung muß die Reichsgetreidestelle übernehmen. Den Preis für das Scherzobrot werden wir ja bei einer Keinen gleichzeitigen Erhöhung des Preises für Weizenbrot herabsuchen können; deswegen müssen wir aber doch bei der Forderung verharren, daß der Roggen- und der Weizenpreis erniedrigt und daß besseres Mehl geliefert wird. Auch bei der Versorgung mit Fett und Fleisch liegt der Fehler im System. Deutschland ist im Frieden niemals imstande gewesen, sein Vieh aus eigenen Mitteln zu ernähren; 7 Millionen Tonnen Futtermittel kamen aus dem Auslande. Die sind völlig weggefallen. Eigentlich wäre es also selbstverständlich gewesen, unseren Viehbestand entsprechend zu verringern; unzureichend ernährtes Vieh bleibt zwar am Leben, aber gibt auch kein Fleisch und kein Fett, während mit derselben Menge Futtermittel eine geringere Menge Vieh gemästet werden kann. Das Fett ist für die arme Bevölkerung ganz unentbehrlich und die Fettnot für diese vielleicht noch gefährlicher als die Fleischnot. Hohe Viehpreise sind ein Anreiz, Kartoffeln und Getreide zu verfüttern; die Kartoffel verwertet sich dabei mit 8 M., die Gerste mit 600 M., der Roggen mit 500 M.! Bei der geradezu vorzüglichen Ernte in Gerste und Hafer können wir eine entsprechende Herabsetzung der Preise für Futtermittel verlangen. Eine landwirtschaftliche Zeitung hat schon im Februar aus der Schule geschreien: Bei der Viehhaltung verdienen die Landwirte eine Stange Gold. Heute können die ärmeren Volksschichten sich das halbe Pfund Fleisch, das ihnen auf ihre Karte austete, wegen der hohen Preise vielfach nicht kaufen. Wir haben deshalb beschlossen, daß sie ihre Fleischkarte gegen andere Lebensmittelkarten umtauschen können, und hoffentlich schließlich sich der Magistrat diesem Antrag der Deputation an. Die hohen Viehpreise rühren auch daher, daß die Viehhändlerverbände viel zu hohe Provisionen auf die Herbeiführung des Viehs legen. Die Stadt müssen wir bitten, eine strenge Kontrolle der Fleischläden zu üben, ob die Höchstpreise innegehalten und die vorgeschriebenen Sorten geführt werden. Im Oktober bekommen wir ja nun endlich die Reichsfleischkarte, nachdem gewisse landwirtschaftliche Bezirke soviel Fleisch haben verbrauchen können, daß wir bis zu einer so geringen Ration herabgesetzt werden mühten. Wir rechnen aber darauf, daß wir diese Ration wirklich erhalten, denn der Großstädter braucht bei seiner intensiven Tätigkeit Fleisch zur Nahrung und namentlich, wer ständige Arbeit verrichtet. Außerdem verlangen wir, daß soviel wie möglich Fleisch nach den Städten geliefert wird, weil wir einer Kalamität auch dadurch entgegengehen, daß der Milchbezug weiter verringert wird. Die Vollmilch wird für Kinder, Kranke und Schwangere reserviert, der gesunde Erwachsene soll nur noch Rahm Milch bekommen. Auch die Schwierigkeiten für die Erlangung der Milch sind gesteigert worden. Ein ärztliches Attest ist notwendig und dafür ist die Mindestmenge 3 Mark. Diese Ersparungen treffen ganz besonders die arbeitende Bevölkerung, die vielfach mangelnd ist. Für die Krankenkassenangehörigen mühten doch eigentlich die Krankenkassen die Attestkosten tragen. Sie sind aber nicht dazu verpflichtet und haben es abgelehnt. Aber auch mit dem Attest hat der Kranke noch lange keine Milch, denn die Regierung hat vorgeschrieben, nur 2 Proz. der Bevölkerung dürfe krank sein (Weiterleit.), nur 40 000 Kranke sollen Milch bekommen. Nun haben sich aber schon 70 000 gemeldet. Daß auf diese Weise Schwerkranke schwer benachteiligt werden, ist klar. Also auch hier muß der Bundesrat Wandel schaffen. Von dem Talg ist die Hälfte für die Heeresverwaltung beschlaggenommen, die andere Hälfte bekommen wir, aber was ist das für Margarine? Wagenchmiers ist dogegen mitunter ein wahres Ideal. (Weiterleit.) Die Stadt aber muß dieses Zeug abnehmen. Wir wollen nicht billige und schlechte, wir wollen gute Ware haben, und die Reichsgetreidestelle muß eine schärfere Kontrolle der Molkereien einleiten lassen. Wenn die Reichseierkarte kommt, werden ja auch die Eier ziemlich verschwinden. Auch mit dieser Maßregel kommt man ja, wie immer, zu spät, denn die Vogzeit ist vorbei. Der Preis der Eier ist ungeheuer hoch. Ist also die Bevölkerung hauptsächlich auf Brot, Kartoffeln und Gemüse angewiesen, so muß sie Fett haben, um die Nahrung zubereiten zu können. Die Preise für Fett müssen daher niedrig gehalten und es müssen größere Mengen Fett herbeigeschafft werden. Daß die Abhilfemaßregeln immer zu spät kommen, haben wir ja in diesen Wochen auch beim Obst gesehen. Ruhig und gleichgültig hat man zugehört, wie die Obstplantagen zu schablonen Preisen versteigert wurden, und jetzt haben wir trotz eines riesigen Segens auch fabelhafte Obstpreise. Die Gemeinde ist nicht in der Lage, etwas Durchgreifendes gegen diese Erscheinungen zu tun, darum kommen wir mit unserem Antrag. Weiden die hohen Preise, dann bleibt uns in Gemeinde und Staat nichts übrig, als zu verlangen, daß sämtliche Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten, daß die Unterstellungen der Arbeiterfamilien erhöht werden. Die Stadt hat ein Gegenmittel verschrieben in Gestalt der Rationierung, die nicht einmal die Selbstkosten deckt. Wir rechnen damit, daß eine Verringerung der Ration eintritt, wenn sich die Einrichtung erst eingebürgert hat, aber bei so hohen Preisen läßt sich für 40 Pf. eine ausreichende Mittagsmahlzeit nicht schaffen. Wir verlangen also Herabsetzung der Höchstpreise, Sicherung der Zufuhr, gleichmäßige Ver-

teilung, aber auch endlich die Regelung der Produktion. In allen Völkern wird der Schrei nach Frieden immer lauter, die Sehnsucht nach Menschlichkeit immer größer (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten); mag der Krieg aber früher oder später enden, die Nahrungsschwierigkeiten werden noch lange nachfordern, und daher werden weitreichende Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung zu treffen sein. Diese Sicherung ist nur zu gewinnen durch eine staatliche Organisation, welche den Gemeinden ermöglicht, ihren Verpflichtungen gegen die Bevölkerung besser als es bisher geschah, nachzukommen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister **Wermuth**: Der Ernst der Zeit verlangt von uns, daß wir in den schwierigen Fragen des täglichen Protes nach Möglichkeit alles Trennende und Erbitternde niederhalten, das etwas verflaute Gefühl der Kriegswirtschaftseinheit neu beleben und danach streben, daß alle Reichsgenossen einander die Hand reichen, um den Leberchuh des einen dem Bedarf des anderen zuzuführen. Wenn man anerkennen, daß der energische Wille dazu auch da besteht, wo er in die Tat umgesetzt werden kann. Das hindert nicht, den Plan für das neue Wirtschaftsjahr noch besser durcharbeiten, namentlich in der Richtung der strengen Erfassung der Produktion. Noch immer müssen wir bei jedem Artikel uns durch neue oder durch die alten Uebergangsstadien hindurchqualen. Man darf durchaus demjenigen Recht geben, welche den freien Handel solange als irgend möglich die Bahn offen halten wollen, aber wenn einmal der Preiswucher zu einem öffentlichen Eingriff geführt hat, dann kann der betreffende Artikel nicht leben und nicht sterben, bis sich die öffentliche Gewalt seiner völlig bemächtigt hat. Das hindert aber nicht, dem freien Handel als Hilfsorgan tüchtig Spielraum zu lassen. Um die Mißstände in der Kartoffelversorgung sich nicht wiederholen zu lassen, soll jetzt doch durch vorgebaut werden, daß große Vorräte beschafft und eingelagert werden. Für Berlin kommen allein 3 Millionen Zentner in Frage. Die Einmietung und Lagerung läßt sich nur durchführen, wenn auch die Bürgerchaft dabei mithilft; für die Kartoffel heißt jetzt die Lösung: Damstern. Ganz unbedingt bedürfen wir auch dabei der regsten Mitwirkung des Groß- und Kleinhandels. Die 6000 Kleinhandlertauschhalten zu wollen, würde nur Aufregungen und Störungen hervorrufen. Deshalb mühten wir uns gegen eine Preisfestsetzung wehren, welche den Händler nicht genügend befähigt und anreizt, sein Geschäft auszuführen. Man betwechsele doch nicht den schänden Preiswucher mit der ganz legitimen Tätigkeit, die hier von ihm entwickelt werden muß. Da das Kriegsernährungsamt die Herabsetzung des Preises wünschte, ist man auf das System der Zuschüsse verfallen, das uns prinzipiell im höchsten Grade bedenklich erscheint (Sehr richtig!) und sich nicht einbürgern darf; denn es liege die Finanzen der Städte untergraben, wenn sie durch Zuschüsse hohe Preise der landwirtschaftlichen Produkte abmildern sollen. Sehr ungern nur haben sich daher die Groß-Berliner Gemeinden entschlossen, auch ihrerseits ein Drittel beizusteuern. Mit den Maßregeln für die Fleischverteilung glauben wir auf dem Beharrungszustand gelangt zu sein. Wir erwarten hier die Mithilfe der Bevölkerung, denn schwanfende und unregelmäßige Ablieferung würde unsere Maßnahmen immer wieder in die Brüche gehen lassen. Die Fortdauer der Wirksamkeit der Schweinemastverträge mit dem pommerischen Viehverwertungsverbände müssen wir dringend wünschen; wir erbitten darin eine sehr glückliche Verbindung zwischen Stadt und Land, die man nicht ohne Not wieder zerschneiden, sondern die man hegen und pflegen sollte, denn gerade die Schweinezucht bedarf gegenwärtig sorgfältigster Behandlung. Die Berliner Gemeinden können eine Herabsetzung der Preise für Rind- und Kalbfleisch vornehmen, müssen aber auch dringend um Ernähigung der Stallpreise für Rindvieh ersuchen. Was die Milch angeht, so fühlen wir uns sehr beschwert, daß die Reichsbehörden noch immer nicht feste Regeln aufgestellt haben; von den Gemeinden provisorische Maßnahmen zu verlangen, ist überaus mißlich. Sehr bedauern müssen wir die aus der Milchfrage sich ergebende weitere Verringerung des Fettverbrauchs in den Städten, und um so mehr werden wir uns gegen eine weitere Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch zu wehren haben. Auch die Reichsstelle für Obst und Gemüse möge sich recht bald über eine Regelung schlüssig machen, die gegenwärtige Ungenüßigkeit lastet schwer auf unserem Markt. Der Höchstpreis für Pflaumen hat zunächst die übliche Wirkung der Höchstpreise gehabt. Möge den Maßregeln für Spätkobst ein besserer Erfolg beschieden sein. In der Getreideversorgung haben wir auch jetzt eine gewisse Sorge, daß nicht die Selbst- und Sonderwirtschaft der Kommunalverbände der Reichsorganisation über den Kopf wächst und die Zufuhr nach den Großstädten erschwert. Der Ausblick von Groß-Berlin hat heute beschlossen, den Preis für das große Roggenbrot von 78 auf 64, den Preis für das Pfundbrot von 42 auf 34 Pf. herabzusetzen (Lebhafter, allseitiger Beifall), während zugleich der Preis für die Schrippe von 3 auf 3½ Pf. erhöht wird. Die von der Stadt eingerichteten Volksschulen sehen ihren Zulauf gesteigert, er wächst wöchentlich um 4000 Köpfe und wird am 1. Oktober mit der Schulpflegung 50 000—70 000 Portionen oder monatlich rund 2 Millionen Portionen erreichen. Wir stehen für den Winter in dieser Beziehung gerüstet da. Wir beabsichtigen nicht, Besucher zwangsweise oder künstlich heranzuziehen, aber die Bevölkerung bestift für alle Fälle hier einen leicht erreichbaren Notausgang. Von Reich und Staat glauben wir verlangen zu können, daß sie nach außen für die Gemeindefähigkeit etwas mehr eintreten als bisher. Es geht doch nicht gut an, daß die Regierung diese Gemeinden gegen alle Angriffe völlig schutzlos läßt, ja in diese Angriffe gelegentlich selbst mit einstimmt. (Hört! Hört!) Weiter bitten wir Berliner, daß man uns in unserer Nahrungsmittelversorgungstätigkeit nicht allzu sehr durch fortgesetzte kommunalpolitische Bedrückungen störe. Es ist erbschütternd, daß diese während des Krieges stärker sind, als je. (Hört! Hört!) Ich brauche nur an das Verkehrsweisen, an die Wasserversorgung, die Elektrizität und unser Schatzungsamt zu erinnern. Man macht sich kaum eine Vorstellung, wie sehr die Zeit der Magistratsmitglieder durch diese ärgerlichen Streitigkeiten in Anspruch genommen wird, wie sehr sie dadurch behindert werden, ihre Kraft dem notwendigen Kriegswerk zu widmen. Möchte doch diese Zusammenarbeit endlich auf allen Seiten die Ueberzeugung wachrufen, daß ein Zusammenarbeiten auf dem Boden der Bürgerfreiheit sich sehr schön auswirken kann, wenn man nur die Einwirkung von außen unterläßt. (Hört! Hört! und lebhafter Beifall.)

Inner wirtschaftlichen Gemeindegeldern ist noch immer gefund und har. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 58 000 auf fast 1400 zurückgegangen (Hört! Hört!), unser Obdach beherbergte im Juli und August 1916 nur ein Zehntel der Zahl von 1913. Das ist die eine Seite der Sache. Fern sei es von mir, die Schwierigkeiten, welche die Bürgerchaft zu übersehen hat, irgend zu übersehen; aber je unbefangener und deutlicher auch für unsere Feinde wir sie öffentlich darstellen, um so mehr müssen wir glauben finden, wenn wir hinzufügen, daß die Berliner Bevölkerung die Notwendigkeiten, die sie als solche erkennt, besonnen und entschlossen tragen wird. (Lebhafter Beifall.)

Stadt. Cassel (Linke) pflichtet der Nahrung, die der Oberbürgermeister zuletzt an die Regierung gerichtet hat, durchaus bei. Die Mängel in der Nahrungsmittelversorgung Berlins treten um so auffallender hervor, als es noch bis heute im Reiche und in Preußen weite Gebiete gebe, wo von Lebensmittelknappheit keine Rede sei. Insbesondere auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung sei man doch höchst eigentümliche Wege gegangen; der Grundpreis von 4 M. ist viel zu hoch, und auch sonst treffe die hier von Stadt. Wurm geübte scharfe Kritik völlig zu. Sehr erfreulich sei die angekündigte Verbilligung des Roggenbrot; hoffentlich komme es auch zu einer Preisherabsetzung des Fleischs. Schlachtvieh Vieh sollte auch der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden; es häuften sich aber die Klagen darüber, daß zahlreiche Landräte die Schlachtung dieses Viehs verbieten. — Das bisherige Ergebnis der Beteiligung an der Rationierung beweise, daß weite Kreise der Bevölkerung noch in der Lage seien, sich zu Hause befriedigend zu beschäftigen. Das Essen selbst sei billig, gut und schmackhaft. Der Preis müsse so gestellt

